



BVB
FREIE WÄHLER
Die Orangen



WAHLPROGRAMM
BVB / FREIE WÄHLER
FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2024



Inhaltsverzeichnis

Präambel	4
1. Arbeit / Soziales / Familie / Senioren / Kinder und Jugend	4
1.1 Ehrenamt und Bürgerbeteiligung	4
1.2 Arbeitsmarkt und Soziales	5
1.3 Rechte von Menschen mit Behinderung	6
1.4 Familie	7
1.5 Senioren	7
1.6 Kinder und Jugend	8
2. Bildung / Kultur / Sport	9
2.1 Bildung	9
2.2 Kultur	11
2.3 Sport	12
3. Gesundheit	13
4. Migration	14
5. Infrastruktur / Bauen und Wohnen / Verkehr / Ländliche Entwicklung	15
5.1 Infrastruktur	15
5.2 Bauen und Wohnen	16
5.3 Verkehr	16
5.4 Öffentlicher Personennahverkehr	16
5.5 Schienengüterverkehr	17
5.6 Flugverkehr / BER	18
5.7 Wasserstraßenverkehr	18
5.8 Straßenverkehr	19
5.9 Fahrradverkehr	19
5.10 Ländliche Entwicklung	19



6. Wirtschaft / Wissenschaft / Forschung und Entwicklung / Energie	21
6.1 Wirtschaft	21
6.2 Wissenschaft	22
6.3 Forschung und Entwicklung	23
6.4 Tourismus	24
6.5 Energiepolitik	24
7. Landwirtschaft, Tierhaltung und Tierschutz / Forstwirtschaft und Jagd / Angeln und Fischereiwirtschaft / Gartenbau und Kleingartenwesen / Imkerei und Insektenschutz	28
7.1 Landwirtschaft, Tierhaltung und Tierschutz	29
7.2 Forstwirtschaft und Jagd	31
7.3 Angeln und Fischereiwirtschaft	31
7.4 Gartenbau und Kleingartenwesen	32
7.5 Imkerei und Insektenschutz	32
8. Umwelt, Klima- und Naturschutz	32
8.1 Gewässerschutz	34
9. Verbraucherschutz	35
10. Wahlen, Inneres und Justiz	36
10.1 Wahlen und Abstimmungen	36
10.2 Inneres	36
10.3 Polizei	37
10.4 Brand- und Katastrophenschutz	37
10.5 Verfassungsschutz	38
10.6 Justiz	38
10.7 Medienpolitik	39
11. Kommunalabgaben, Haushalt und Finanzen	40
11.1 Kommunalabgaben	40
11.2 Haushalt	41
12. Europa	42



Präambel

Die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler (BVB / FREIE WÄHLER) sind der Zusammenschluss von über 160 unabhängigen kommunalen Wählergruppen und Bürgerinitiativen im Land Brandenburg. BVB / FREIE WÄHLER versteht sich als eine demokratische, liberale Bürgerbewegung aus der Mitte der Gesellschaft mit gesundem Menschenverstand. Wir sind von der Überzeugung getragen, dass der Bürgerwille Grundlage jeglichen demokratischen Handelns der Politik sein muss. In unserer Verantwortung gegenüber den Menschen und der Natur haben wir uns daher entschlossen, unser demokratisches Recht auf aktive Teilhabe an der politischen Willensbildung als Bürger über ein Netzwerk unabhängiger Wählergruppen wahrzunehmen. Wir möchten den Menschen eine echte, vernünftige Alternative zur Wahrnehmung ihrer Interessen bieten. Gemeinsam mit den Bürgern wollen wir unser Land zum Besseren gestalten. Wir setzen dabei auf das Engagement und die Erfahrung der Menschen in Brandenburg und haben dafür gemeinsam das nachfolgende Landtagswahlprogramm entwickelt. Es ist geprägt von der Überzeugung, dass ein auf die Lösung der Probleme, Verständigung und Kompromiss gerichtetes Miteinander, ein direktes Mitwirken der Bürger bei Entscheidungen und der Wille zu faktenbasiertem, entschlossenem Handeln uns alle voranbringt. Dabei stellt die Reihenfolge der nachfolgend angesprochenen Themen keine Wertung dar, weil jeder Bereich eine wichtige Bedeutung für unser Land hat.

1. Arbeit / Soziales / Familie / Senioren / Kinder und Jugend

1.1. Ehrenamt und Bürgerbeteiligung

Ehrenamt und Bürgerbeteiligung sind wichtige Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Auch die politische Arbeit in den Städten und Gemeinden Brandenburgs findet auf dieser Basis statt, gewährleistet damit maßgeblich den Erhalt der Demokratie und füllt diese spürbar mit Leben. Als BVB / FREIE WÄHLER setzen wir uns für den Ausbau der Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung ein. So haben wir Erleichterungen für Volksbegehren beantragt, um eine Bürgerbeteiligung möglichst effektiv zu gestalten. Unter anderem sollte zu Beginn einer Landtagsitzung die Möglichkeit einer Fragestunde für interessierte Bürger durchgeführt werden.

Im Ehrenamt gibt es unterschiedlichste Aufgabenschwerpunkte, die durch Vereine und Bürgerinitiativen unterstützt und begleitet werden. Obwohl dieses Engagement fortwährend gelobt wird, verschlechtern sich die Anreize für eine ehrenamtliche Arbeit immer mehr. Der Stellenwert ehrenamtlichen Engagements muss daher landesweit höher bewertet werden. Wir haben uns im Landtag intensiv für die Stärkung des Ehrenamts eingesetzt. So haben wir für eine Erweiterung des Versicherungsschutzes für ehrenamtlich Tätige für dienstliche Fahrten im Rahmen der Ausübung des Ehrenamts ohne Selbstbeteiligung der ehrenamtlich Tätigen gesorgt. Zudem kommt der Bestandssicherung der Freiwilligen Feuerwehren und der Stärkung derer Mitglieder sowie der Absicherung der Einsatzfähigkeit durch Finanzierung von hauptamtlichen Kräften als Stammmannschaft eine besondere Bedeutung zu.

Oft sind es die vermeintlich kleinen Dinge, die die Ausübung des Ehrenamts erschweren. So setzen wir uns unter anderem dafür ein, dass das Ehrenamt von Mehrkosten befreit wird. Deshalb fordern wir, dass das Land Brandenburg die GEMA-Lizenzkosten für kostenfreie Vereinsveranstaltungen übernehmen soll. Hierdurch würden die Vereine entlastet und in ihrer wichtigen Arbeit unterstützt werden. Wir setzen uns zudem für die ausreichende Ausstattung und Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen ein. Durch ihre Arbeit wird ein hoher Mehrwert in Brandenburg geschaffen, da ohne ihren Einsatz viel höhere Kosten für Land und Kommunen entstehen würden. Deshalb dürfen gegebenenfalls gezahlte Aufwandsentschädigungen nicht mehr auf Bürgergeld und Renten sowie als Einkommen angerechnet werden.



Wir wollen die Erfahrungen von Senioren und Vorruehstendlern, die in vielen Bereichen ehrenamtlich tätig sind, stärker nutzen. Deshalb setzen wir uns für eine stärkere finanzielle Förderung der ehrenamtlichen Arbeit durch das Land Brandenburg ein.

Anerkennung und Würdigung der Leistungen in jedem Ehrenamt müssen eine Selbstverständlichkeit in Brandenburg sein, damit die Lebensqualität schrittweise verbessert werden kann. In diesem Zusammenhang bedarf es mehr Unterstützung für die ehrenamtlichen Organisationen in strukturschwachen und ländlichen Regionen.

1.2. Arbeitsmarkt und Soziales

BVB / FREIE WÄHLER will dem drohenden Fachkräftemangel mit gezielten Bildungsmaßnahmen, attraktiven Lebens- und Arbeitsbedingungen und intelligenter Förderpolitik begegnen.

Der Arbeitsmarkt der Zukunft verlangt nach fachlich versierten, lernfähigen und flexiblen Arbeitskräften. Dazu müssen vom Land zielgerichtete Initiativen für Aus- und Weiterbildung konzipiert werden. Erstausbildungen sollten grundsätzlich kostenfrei sein.

In verschiedenen Bereichen des Arbeitsalltags sollten Bemühungen unternommen werden, wie beispielsweise Maßnahmen, um jungen Menschen den Einstieg in die Arbeitswelt zu erleichtern. Gleichzeitig müssen Langzeitarbeitslose stärker gefördert, in den Arbeitsprozess eingegliedert, die Arbeitskräftemobilität erleichtert und in Ausbildung und Qualifikationen investiert werden. Weiterhin sind alle Möglichkeiten des zweiten Bildungswegs aktiv anzubieten und gezielt zu unterstützen.

Die Anwerbung von Fachkräften und die Sicherung ihres Verbleibs sind unabdingbar. Brandenburg muss für Fachkräfte als attraktives Land für das tägliche Leben und die Karriere wahrgenommen werden.

Es ist wichtig, die Anerkennung der Berufsabschlüsse in Branchen mit besonderem Bedarf, zum Beispiel im Gesundheitswesen, von ausländischen Fachkräften zu vereinfachen, um dem Mangel an qualifiziertem Personal entgegenzuwirken.

Eine Steigerung der Flexibilität bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern in einem Flächenland wie Brandenburg ist nur mit Hilfe einer modernen Infrastruktur (Verkehrswege, Internetversorgung) möglich.

BVB / FREIE WÄHLER fordert analog dem Freiwilligen Sozialen Jahr und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr die Stärkung und aktive Bewerbung des Freiwilligen Technischen Jahres in Brandenburg.

In Deutschland sind alleinerziehende Elternteile immer noch von weiten Teilen des Arbeitsmarktes ausgegrenzt. Deshalb muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker in den Fokus genommen werden. Eine Verbesserung der Möglichkeiten in diesem Bereich durch neue Betreuungsmodelle und Netzwerke kann einen Wettbewerbsvorteil für hochqualifizierte Alleinerziehende bedeuten und der demografischen Entwicklung entgegenwirken.

Der sogenannte zweite Arbeitsmarkt sollte für den Erhalt und den Ausbau von gesellschaftlich relevanten Initiativen genutzt werden.

Zugleich gilt es, soziale Errungenschaft zu sichern. Die aktuell 43 Tafeln im Land Brandenburg mit ihren rund 900 ehrenamtlich Tätigen stellen nicht nur eine unbürokratische Soforthilfe für akute „Neufälle“ dar, sie sind auch ein dauerhafter sozialer Anker für hilfsbedürftige und vereinsamte Rentner, sozial benachteiligte Kinder und für weitere bedürftige Menschen. Vor allem im ländlichen Raum kämpfen die Tafeln um ein ausreichendes



Lebensmittelangebot. Daher ist es unser Ziel, die Tafeln längerfristig aus dem Landeshaushalt zu unterstützen. Für Mietverträge und räumliche Umbauten benötigen die Tafeln eine perspektivisch sichere Finanzierung, die über eine einjährige Zusicherung hinausgeht. Wer seit 30 Jahren zuverlässig soziale Aufgaben des Staates unterstützt und ergänzt, verdient dafür auch eine dauerhafte und sichere finanzielle Unterstützung der Gesellschaft.

1.3. Rechte von Menschen mit Behinderung

Das Benachteiligungsverbot des Grundgesetzes sowie das von Deutschland ratifizierte „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (UN-BRK) verpflichten uns, die Grundsätze dieser Menschenrechtskonvention zu berücksichtigen und danach zu handeln. Ziel ist es, alle Menschen in ihrer Verschiedenheit wertzuschätzen und ihnen Selbstbestimmung und umfassende Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Damit kommt den Kommunen als Lebensbereich der Bürger eine große Verantwortung zu.

Öffentliche Verwaltungen müssen die gesetzlichen Vorgaben und Richtlinien für barrierefreie, leicht verständliche und einfach nutzbare Internetangebote umsetzen sowie die Möglichkeit, Verwaltungsanträge online zu stellen, verstärkt anbieten. Ergänzend muss es weiterhin die Möglichkeit geben, auf analogem Wege Verwaltungs- und Sozialleistungen zu beantragen. Veröffentlichungen der Verwaltung sollten in bürgerverständlicher Sprache geschrieben sein. Das Gendern lehnen wir ab. Das vom Land finanzierte Angebot von Gebärdensprachdolmetschern muss genutzt werden.

Barrierefreiheit ist die Grundvoraussetzung für Teilhabe und Chancengleichheit. Diese bezieht sich nicht nur auf die physische Umwelt, sondern auch auf Mobilität, Information und Kommunikation. Noch immer berücksichtigt der Denkmalschutz die Belange der Menschen mit Behinderung unzureichend. Wir unterstützen Betroffene als „Experten in eigener Sache“, um an infrastrukturellen Planungen und Bauvorhaben in den Kommunen beteiligt zu werden. Die strikte Bindung von Fördergeldern an Barrierefreiheit muss Beachtung finden.

Die Zielvorgabe des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG), den Nahverkehr bis Ende 2022 barrierefrei zu gestalten, ist immer noch nicht vollständig umgesetzt. Dies ist in der kommenden Legislaturperiode durch verstärkte finanzielle Unterstützung des Landes nachzuholen.

Zudem fordern wir die Erhöhung des Landespflegegeldes auf zumindest bundesweites Durchschnittsniveau.

Die Bewusstseinsbildung für soziale Kompetenz fängt im Kindesalter an. Ein inklusives Bildungssystem schafft für alle Kinder die besten Voraussetzungen. Jedes Kind hat das Recht, eine Regelschule zu besuchen und darf nicht wegen Personalmangels, Konzeptmangels oder baulichen Hindernissen in einem Parallelumfeld, meist weit entfernt vom Wohnort, beschult werden. Schulen mit besonderem Förderschwerpunkt sollen die Schullandschaft in Brandenburg weiterhin ergänzen, um für jedes beschulbare Kind die optimale Förderung zu ermöglichen.

Fehlende Angebote auf dem ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung verhindern ein existenzsicherndes Einkommen der von Behinderung betroffenen Bürger. Hier gilt es, notwendige Rahmenbedingungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt sowie Beratungsangebote für Unternehmen zu schaffen.

Für die Pflege sind gute Bedingungen zu schaffen. Die körperlich und psychisch schwere Arbeit von Pflegekräften muss angemessen entlohnt werden. Nur qualifiziertes Personal in ausreichender Zahl sichert gute Pflege. Die Kosten einer gerechten Bezahlung gehen derzeit zu Lasten der Pflegebedürftigen. Hier muss



zeitnah nachgebessert werden, um eine gerechtere Verteilung der Kosten zu erreichen. Dabei ist auch die häusliche Pflege zu berücksichtigen. Nicht außer Acht gelassen werden dürfen auch die steigenden Kosten in den Pflegeheimen.

Der Selbstvertretungsanspruch Betroffener und die Mitsprache bei allen für sie relevanten Fragen nach dem Grundsatz „Nicht ohne uns über uns“ muss umgesetzt werden. Dazu gehören auch die Selbsthilfe und Selbstbefähigung sowie das „Peer Counseling“, d.h. Betroffene beraten Betroffene.

Die Kommunalverfassung muss mehr Mitwirkungsrechte für die Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung vorsehen, denn die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft kann nur vor Ort gelingen.

1.4. Familie

Wir als BVB / FREIE WÄHLER sehen in einer erfolgreichen Familienpolitik einen wesentlichen Beitrag zu einer harmonischen Gesellschaft mit Zukunftsperspektiven. Dabei geht es darum, das konkrete Lebensumfeld vor Ort so zu gestalten, dass sich Familien wohl fühlen.

Dazu gehört an erster Stelle eine kostenlose Bildung von der Krippe bis zum Studium. Insbesondere eine beitragsfreie Kita stellt einen entscheidenden Schlüssel zur Verbesserung der Bildungschancen aller Kinder und zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar.

Darüber hinaus unterstützen wir die Schaffung von mehr Kita- und Hortplätzen, eine Anpassung des Betreuungsschlüssels an den bundesdeutschen Durchschnitt und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie weitere Maßnahmen, die die Familienbildung befördern und dazu beitragen, dass Menschen sich leichter entscheiden, Kinder zu bekommen. Das Angebot der Kindertagespflege ist auszubauen, um so eine echte Wahlfreiheit der Eltern zu garantieren.

Zu den Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Familienpolitik zählen wir auch im ländlichen Raum eine familienfreundliche Infrastruktur, ausreichende gesundheitliche Betreuung und ausreichend Freizeitangebote.

Zudem sind Frauen im Arbeitsleben noch immer gegenüber ihren männlichen Kollegen benachteiligt. Das Ziel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist auch durch landesrechtliche Regelungen zu unterstützen.

1.5. Senioren

Die demografische Entwicklung in Brandenburg führt zu einem Anwachsen der älteren Bevölkerung, was eine Veränderung der Prioritätensetzung zur Folge haben muss.

Die insgesamt unbefriedigende medizinische Versorgung, bei der insbesondere der demografische Faktor unzureichend berücksichtigt wird, muss neu strukturiert und organisiert werden. Hier sind sowohl Politik als auch Kassen und Ärzteverbände gefordert, problemgerechte Lösungen anzubieten. Dazu werden wir mit den Verantwortlichen das Gespräch suchen und darauf drängen, dass den bisherigen Versprechungen auch Taten zur Veränderung folgen.

Gezielt muss die medizinische Versorgung in den ländlichen Räumen auch neben den Entwicklungsachsen gestärkt werden. Das Landärzteprogramm ist zwecks Anwerbung von Ärzten aus Ballungsräumen auszubauen und attraktiver zu gestalten.

Vor dem Hintergrund des Ärztemangels, der sich insbesondere in den ländlichen Regionen bemerkbar verschärft, können Arztschwestern selbstständig Hausbesuche bei älteren, bewegungseingeschränkten



Bürgern sowie in Pflegeheimen vornehmen. Dafür ist das Gemeindegewerkschafts-Programm weiter zu verfolgen, um auch in der Fläche eine Basisversorgung gewährleisten zu können.

Bei der Qualität und Finanzierung der Pflege im Alter, sowohl ambulant als auch stationär, besteht trotz positiver Entwicklungen insbesondere hinsichtlich einer ganzheitlichen Pflege und Betreuung und deren Finanzierung noch erheblicher Verbesserungsbedarf.

Der zunehmenden Altersarmut und Vereinsamung der älteren Generation muss dringend entgegengewirkt werden. Hier muss und kann Brandenburg unter anderem durch zielgruppengerechte soziale Projekte und Netzwerke mehr tun.

Die Seniorenbeiräte auf Kreis- und Landesebene sind zu stärken und in alle wichtigen Entscheidungen der Politik mit einzubeziehen.

1.6. Kinder und Jugend

BVB / FREIE WÄHLER fordert eine stärkere Einbindung junger Menschen in demokratische Entscheidungen. Es ist stärker für politisches Engagement zu werben, z. B. durch Besuche von Schulklassen in den Kommunalvertretungen und im Landtag, Informationen von Politikern im Unterricht über die jeweilige Zuständigkeit der unterschiedlichen politischen Ebenen oder die Einrichtung eines Jugendparlaments. Regionale und gesellschaftliche Zusammenhänge sind zu erklären und zu erläutern und damit die politische Bildungsarbeit deutlich zu intensivieren.

Sozialraumorientierte Jugendarbeit muss weiter ausgebaut werden und auch im ländlichen Raum präsent sein. Dabei muss auch die Schule besser eingebunden werden, Schulsozialarbeiter sind vom Land zu finanzieren, zu fördern und zu unterstützen, Ämter vor Ort zu vernetzen, Jugendklubs, Feuerwehren, Sportvereine und Kirchen einzubeziehen. Nicht nur in den Vereinen vor Ort muss Präventionsarbeit für Jugendliche geleistet werden.

Jugendfreizeiteinrichtungen sollen auch in strukturschwachen ländlichen Räumen eingerichtet bzw. erhalten werden. Freizeiteinrichtungen und Jugendklubs sind besonders für junge Menschen wichtig. Denn sie benötigen Mobilität und Räume für das Zusammentreffen mit Gleichaltrigen, um die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft (außerhalb von Schule und Elternhaus) zu erfahren und zu erproben. Gerade junge Menschen brauchen diese Freiräume, um die verschiedenen Aufgaben des Heranwachsens im Jugendalter zu meistern.

Ein kostenneutraler oder zumindest kostengünstiger Zugang zu Sport- und Freizeiteinrichtungen ist notwendig, um Kinder und Jugendliche zu diesen Aktivitäten zu motivieren. BVB / FREIE WÄHLER fordert eine Förderung von Jugendarbeit und von ehrenamtlichem Engagement in der Freizeit sowie die Schaffung von mehr bezahlbaren individuellen Betreuungsmöglichkeiten, orientiert an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern.

Die Förderung der sozialpädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen und Angeboten der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in den Städten und Gemeinden muss weiter ausgebaut werden.

Besonders wichtig ist die Förderung familienfreundlicher Arbeitsplätze und die damit verbundene Kinderbetreuung am Arbeitsplatz, um weite Wege im Flächenland Brandenburg zu reduzieren. Durch eine dringend zu verbessernde Digitalisierung ist es den Eltern zu ermöglichen, ihrer Berufstätigkeit auch von zu Hause aus nachzugehen. Zum Vorteil der Kinder ergibt sich dadurch mehr intensive Betreuungszeit mit den Eltern anstatt in den Einrichtungen. Flexiblere Betreuungszeiten, die den Bedürfnissen der Eltern entsprechen, sowie bedarfsgerechte und hochwertige Kinderbetreuungsangebote, die soziale Kompetenzen fördern, sind



ebenfalls notwendig. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht zuletzt ein zentraler Schlüssel zur Bekämpfung von Kinderarmut.

Die Bildung im Vor- und Grundschulbereich ist ein entscheidender Faktor für den weiteren Lebensweg eines jeden Kindes. Kinder brauchen gleiche Startchancen und mehr Bildungsgerechtigkeit. Eltern hingegen benötigen qualifizierte und verlässliche Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und bei Tagesmüttern, um ihr Familien- und Berufsleben vereinbaren zu können.

Darüber hinaus müssen wir Mobilität für alle Schüler durch die Abgabe eines beitragsfreien VBB-Tickets für die betreffende Region auf Basis einer landeseinheitlichen Regelung ermöglichen und zugleich lange Anfahrtswege zu den Schulen vermeiden. Gleiches gilt für die Erreichbarkeit von Freizeit- und Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche. Es müssen funktionierende Sozialräume mit entsprechenden Angeboten vor Ort erhalten oder geschaffen werden.

Wir wollen Kinder und Jugendliche zu einem gesundheitlich und ökologisch bewussten Konsum anleiten, Naturverbundenheit vom Kindergarten bis in die Schule fördern und dabei regional unterschiedliche Schwerpunkte setzen, um eine Identifikation mit dem Land Brandenburg und seinen unterschiedlichen Regionen zu erreichen und Abwanderung vorzubeugen.

BVB / FREIE WÄHLER vertritt die Ansicht, dass Prävention immer kostengünstiger ist als eine dauerhafte und langzeitliche Intervention. Werden Probleme früh erkannt, kann besser entgegengewirkt werden, als wenn diese sich als dauerhaftes Verhaltensmuster verfestigen. Auf der anderen Seite soll eine schnellere und konsequentere Anwendung des Jugendstrafrechts die Erziehung der Kinder und Jugendlichen unterstützen und negative Auswüchse verhindern helfen.

Ein spezielles Auffangnetz sollte schon während der Schwangerschaft wirksam werden, um das ungeborene Leben zu schützen. Risikofaktoren wie Alkohol- oder Tabakkonsum der Eltern müssen früh erkannt werden. Professionelle Hilfe, z.B. durch mobile Sozialarbeiter oder in Eltern-Kind-Heimen, muss angeboten werden.

Die Bekämpfung von häuslicher Gewalt ist uns ein Herzensanliegen. Die Förderung der Frauenrechte und die Gleichberechtigung der Geschlechter ist unverhandelbar.

2. Bildung / Kultur / Sport

2.1. Bildung

Grundlage einer jeden Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft ist eine umfassende Vermittlung von Grundlagenwissen. Die Ergebnisse der PISA-Studien offenbaren jedoch seit Jahren erhebliche Defizite bei den Fähigkeiten von Brandenburger Schülern. Daher fordern wir einen Kurswechsel im Brandenburger Bildungswesen.

Dazu kann auch eine stärkere Regionalisierung der Schulaufsicht (Staatliche Schulämter) durch Übergabe der Schulämter an die Kreisverwaltungen beitragen, weil dadurch die Zuständigkeiten für den Schulkörper und das Personal im Sekundarbereich seltener auseinanderfallen.

Darüber hinaus stehen wir für Lernbedingungen, die die Schüler motivieren und unter denen sie sich Wissen auch selbst erschließen können.



Dazu müssen die Schulen in unserem Land dem aktuellen Stand der Technik entsprechend ausgestattet werden. Gute Bildung benötigt gute, moderne Schulen.

Die Schulen benötigen im Bereich der Digitalisierung sowie im Rahmen des DigitalPakts Schule umfangreiche Unterstützung. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Entwicklungsmaßnahmen für digitale Bildungsinfrastrukturen, wie beispielsweise die Schulcloud, weiter ausgebaut werden.

Darüber hinaus sollen Gemeinden stärker dabei unterstützt werden, auch bauliche Modernisierungen und Instandsetzungen voranzutreiben.

Zudem wollen wir den Schülern kreative Freiräume lassen, in denen sie Gelegenheit haben, ihre Fähigkeiten und Interessen zu entdecken.

Um auch die Rahmenbedingungen für das Lernen der Kinder zu optimieren, sollen ein Sozialpädagoge sowie eine Schulgesundheitsfachkraft an jeder Schule eingesetzt werden. Diese Stellen sind vom Land zu finanzieren.

Nur den Schulgesundheitsfachkräften gelingt es, Kinder und Jugendliche mit ihren vielschichtigen gesundheitlichen Bedürfnissen während der Schulzeit zu betreuen. Davon profitieren nicht nur Kinder, Eltern und Lehrer, sondern es ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Im Übrigen fördern Schulgesundheitsfachkräfte das Gesundheitsverhalten aller Kinder und leisten damit einen aktiven Beitrag zur Prävention von späteren Krankheiten, die im Erwachsenenalter auftreten, und häufig in engem Zusammenhang mit dem Lebensstil stehen.

Wir setzen uns ein für den Erhalt und die Förderung unterschiedlicher Schulformen mit einem vielfältigen Angebot und einem Mindeststandard, der Menschen mit Lernbehinderung, Körperbehinderung oder Hochbegabten gleichermaßen gerecht wird. Auch Schulen im ländlichen Raum müssen in ausreichender Dichte erhalten bleiben und können als offene Ganztagschulen wesentlich zur familienfreundlichen Infrastruktur beitragen. Der Schülerverkehr ist so zu organisieren, dass stundenlange Schulwegzeiten entfallen und ein ausreichendes Maß an Freizeit gewährleistet wird.

Vor der Qualifizierung von Lehrkräften steht die Gewinnung von Lehrkräften. Dazu ist eine deutliche Erhöhung der Studienplätze für Lehramtsanwärter sowie eine Modernisierung der Lehramtsausbildung nötig. Wir haben uns für eine neue praxisorientierte Lehrerausbildung starkgemacht, woraufhin zum Wintersemester 2023/2024 der neue Lehramtsstudiengang an der BTU Cottbus-Senftenberg beginnen konnte. Des Weiteren fordern wir einen weiteren Lehramtsstudiengang an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Weiterhin fordern wir Anreize für Lehrer, damit sie sich für Brandenburg entscheiden, und eine transparente Personalpolitik, die Verlässlichkeit ausstrahlt.

Aufgrund des hohen Lehrkräftebedarfs ist das Land weiterhin auch auf die Einstellung von Seiteneinsteigern angewiesen. Um einerseits einen qualifizierten Unterricht zu gewährleisten und andererseits den Seiteneinsteigern eine langfristige Perspektive im Schuldienst zu geben, sind hier besondere Qualifizierungsmaßnahmen notwendig.



Nur mit diesem Maßnahmenpaket kann langfristig ein Abbau des Lehrermangels erreicht werden.

Bereits im Kindergarten und besonders im Vorschulalter der Kinder muss die Erziehung so gestaltet werden, dass die im Spiel entstandenen Erfahrungen zu neuen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten führen. Bereits zu diesem Zeitpunkt müssen die Kinder das Lernen lernen und erfahren, dass Lernen Spaß macht. Wichtig sind auch soziale Erfahrungen und das gemeinschaftliche Lernen in Gruppen.

Spätestens in der Grundschule müssen die Themen Gesundheit, gesunde Ernährung und Bewegung behandelt werden. BVB / FREIE WÄHLER steht für einen Ausbau des Schulsports ein, der an Brandenburger Schulen teilweise vernachlässigt wird. Ohne ausgiebigen und regelmäßigen Sport ist die Entwicklung der Heranwachsenden mit erheblichen Gesundheitsrisiken und Motivationsproblemen verbunden.

Wir fordern deshalb ein landesweites Konzept für den Schulsport ohne Ausfallstunden und mit ganzheitlichen sportlichen Ansätzen zur umfassenden sportlichen Ertüchtigung und zugleich Entfaltung der Kinder. Dabei müssen Koordination, Geschicklichkeit, Gymnastik, Kondition, Feinmotorik mit den Kindern gezielt erarbeitet werden.

Dem Mangel an Rettungsschwimmern ist durch den Erwerb von Grundkenntnissen im Rahmen des regulären Schwimmunterrichts zu begegnen. Neben der gesellschaftlichen Bedeutung ist Rettungsschwimmen ein nach wie vor aktueller, pädagogisch wertvoller Unterrichtsinhalt. Bei der unterrichtlichen Auseinandersetzung werden die Bewegungserfahrungen erweitert und neue Bewegungsabläufe erlernt.

Schließlich müssen Jugendliche vor der Aufnahme einer Berufsausbildung fachgerecht beraten werden, um erfolgreich einen Abschluss zu erreichen. Danach muss ein lebenslanges Lernen durch die Erfahrung und Nutzung zusätzlicher Fortbildungsmöglichkeiten gewährleistet werden.

Um praktische Erfahrungen in den unterschiedlichen Berufsfeldern zu sammeln, sollte ein größerer Fokus auf die Schulpraktika in der Sekundarstufe I gelegt werden. Die Angebote der Berufsberatung an den Schulen sind zu erweitern.

BVB / FREIE WÄHLER fordert zudem einen Verzicht auf länderpolitische Interessen im Bildungssektor. Bildung ist zwar eine Länderaufgabe, muss aber aufgrund der von den Bürgern geforderten Flexibilität und Mobilität auch nationalen Vergleichsstandards zugänglich sein. Wir fordern deshalb entsprechende Initiativen des Landes Brandenburg im Bundesrat und in der Kultusministerkonferenz für eine bundeseinheitliche Bildungspolitik mit einheitlichen Lehrplänen und gleichwertigen Schulabschlüssen verschiedener Schulen sowie zur Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich zwischen dem Bund und den Ländern.

2.2. Kultur

Kultur dient der Wertevermittlung, fördert den Zusammenhalt der Gemeinschaft und schafft Bewusstsein für überlieferte Traditionen und Bräuche sowie deren Pflege und Erhalt für kommende Generationen. Sie schafft zudem Ausgleich für Geist und Seele von den Anstrengungen und Belastungen des Alltags. Dies ist aktuell wichtiger denn je.

Die vielfältige Kulturlandschaft Brandenburgs zeichnet sich unter anderem durch über 100 regionale Musikfestivals, zahlreiche Angebote in der darstellenden oder bildenden Kunst, einer großen Anzahl an Theatern, Museen, Sammlungen und nicht zuletzt durch die vielen Musik- und Kunstschulen aus.

Im ganzen Land gibt es ein breitgefächertes Angebot der unterschiedlichen Genres für alle kulturbegeisterten Alters- und Bevölkerungsgruppen, das es auch und gerade in Zeiten „knapper Kassen“ zu erhalten gilt.



Ein wichtiger Bestandteil unserer Kulturlandschaft ist zudem die Gedenk- und Erinnerungskultur, die über zahlreiche Gedenkstätten wachgehalten wird.

Die Musik- und Kunstschulen haben einen entscheidenden Anteil an der Bildung von Nachwuchskünstlern und verdienen über warme Worte der Anerkennung hinaus auch finanzielle Unterstützung.

Die bestehende Kulturlandschaft Brandenburgs ist in ihrer Vielfalt – egal ob kulturelle Leuchttürme oder freie Kulturszene – landesweit in vollem Umfang aufrechtzuerhalten und die dafür notwendigen finanziellen Mittel sind aus dem Landeshaushalt bereitzustellen. So ist zum Beispiel ein Programm zur Sicherstellung bezahlbarer Atelierräumen für Künstler unterschiedlicher Genres aufzulegen. Ebenso treten wir für die Anerkennung des Karnevals als Kulturgut samt entsprechender Förderung ein.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die Förderung der freien Träger, der regionalen kulturellen Ankerpunkte im ländlichen Raum, der Kunst- und Musikschulen, der Festivalszene und der freien Theater ohne feste Spielstätten zu legen. Kultur ist auch als Wirtschaftsfaktor zu begreifen und deshalb die Kulturstrategie mit dem Tourismuskonzept Brandenburgs enger zu vernetzen, um mögliche Synergieeffekte noch besser zu bilden. Insbesondere der Film- und Medienstandort Babelsberg ist zu stärken und die Filmförderung zu verstetigen.

Darüber hinaus ist die ehrenamtliche Arbeit von Ortschronisten und Heimatgeschichtsvereinen auch durch eine verlässliche institutionelle Förderung aus dem Landeshaushalt zu würdigen und zu unterstützen.

Dorfkirchen als kulturelle Anker und Identifikationspunkte sind zu erhalten und die jeweiligen Baulastträger bei der Sanierung zu unterstützen.

BVB / FREIE WÄHLER spricht sich weiterhin gegen eine Kürzung der Fördermittel im Kulturbereich und die dadurch resultierende Überwälzung der Kosten auf die Familien aus. Kindern den Unterricht an einer Musikschule zu ermöglichen, darf kein Luxusgut werden. Dabei sind die Talentförderung und die Grundbedarfsdeckung in einen sinnvollen Einklang zu bringen. Parallel dazu ist die Errichtung einer Musikhochschule zu prüfen.

Kulturelle Angebote gehören zur Daseinsvorsorge. Statt einer Konzentration auf Projekte in der Landeshauptstadt sind die Fördermittel zur flächendeckenden Versorgung des Landes zu verwenden. Bürgern der berlinnahen Regionen soll die Nutzung der umfangreichen Berliner Kulturangebote durch länderübergreifende Kooperationen erleichtert werden. Ein landesweites Museums- und Theaterkonzept ist zu entwickeln, um allen Brandenburgern kulturelle Güter dauerhaft nahebringen zu können.

Gelebte Demokratie und Transparenz ist die Basis erfolgreicher Kulturpolitik, denn die öffentliche Hand ist einer der wichtigsten Förderer der Kultur. Wir fordern die Errichtung eines Landeskulturbeirats, der die Aufgabe hat, das Land Brandenburg in Fragen der Kulturpolitik zu beraten. Der Beirat soll das Bindeglied zwischen den Künstlern und der Politik sein.

Wir unterstützen die Mit- und Selbstbestimmungsrechte in Kultur und Bildung der Sorben/Wenden.

2.3. Sport

Sportvereine sind eine tragende Säule der Gesellschaft und tragen mit einer Verankerung des Breitensports zur Vitalität und Fitness der Bevölkerung bei und befördern das Zusammenleben und die Integration vor Ort. Gleichzeitig sollen auch die Leistungszentren im Land erhalten bleiben und als Leuchttürme dienen.

BVB / FREIE WÄHLER wird sich für den Ausbau des Förderprogramms zur angemessenen Unterstützung des Baus von Sportanlagen einsetzen.

Der freie Zugang zu öffentlichen und öffentlich geförderten Sportgeländen und Sportstätten sollte allen Sportlern garantiert werden, solange der Normalbetrieb es zulässt, keine Schäden oder Beeinträchtigung zu befürchten sind und die Lärmbelastung für die angrenzenden Wohnanlagen in einem angemessenen Maß bleibt.

3. Gesundheit

Der eklatante Mangel an Landärzten stellt für das Flächenland Brandenburg eine große Herausforderung für die ärztliche Versorgung der Zukunft dar. BVB / FREIE WÄHLER möchte Anreize für junge Ärzte schaffen, sich in Brandenburg niederzulassen.

Deshalb werden wir uns für eine Fortsetzung und Intensivierung des Brandenburger Landärztestipendiums einsetzen. Die Sicherung der ärztlichen und wohnortnahen Versorgung im ländlichen Raum hat oberste Priorität. Ziel der finanziellen Unterstützung im Rahmen des Förderprogramms „Landärzte“ ist die Verbesserung der ambulanten hausärztlichen Versorgung. Dies gilt für Fördergebiete im ländlichen Raum, in denen es heute schon Versorgungsengpässe gibt bzw. sehr wahrscheinlich perspektivisch geben wird.

Besonders in den ländlichen Gebieten, in denen der Ärztemangel besonders akut ist, kann die Delegation ärztlicher Leistungen an sogenannte „Gemeindegewertern“ dazu beitragen, die Grundversorgung aufrechtzuerhalten und die negativen Auswirkungen des Ärztemangels abzufedern. Insgesamt kann die Delegation einfacher ärztlicher Leistungen dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung zugänglicher, effizienter und zufriedenstellender zu gestalten.

BVB / FREIE WÄHLER will die bestehenden Programme zur Unterstützung der Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum fortsetzen und gegebenenfalls ausbauen. Diese Förderprogramme für Praxisneugründungen oder -übernahmen flankieren die Verantwortung der Selbstverwaltung.

Die Fortsetzung und der Ausbau von Programmen zur Unterstützung der Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum sind wichtige Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die ländliche Bevölkerung Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung hat. Diese Programme können dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten zu verbessern und den Ärztemangel in diesen Regionen anzugehen.

Zudem sind zur Sicherung und Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum verstärkt die Möglichkeiten der Medizinischen Versorgungszentren zu nutzen. Wir sehen die Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) als eine feste Größe bei der Sicherstellung der medizinischen Versorgung an. Bereits jetzt gibt es eine Vielzahl von MVZ in Brandenburg, die zur Sicherung der ambulanten Grundversorgung beitragen. Aber aufgrund der immer älter werdenden Gesellschaft sowie zunehmenden Mehrfacherkrankungen benötigen wir eine noch höhere Anzahl an Versorgungszentren im Land Brandenburg.





Durch die vom Bund geplante Krankenhausreform steht das Gesundheitssystem weiter unter Druck. Wir als BVB / FREIE WÄHLER setzen uns für den Erhalt der Krankenhausstandorte ein. Durch gezielte Programme soll das Kliniksterben verhindert werden. Dafür müssen die finanziellen Möglichkeiten aus dem Brandenburg-Paket verstetigt werden.

Die Ausbildung und Gewinnung von therapeutischem und medizinischem Fachpersonal, wie zum Beispiel Physiotherapeuten, Gesundheits- und Krankenpflegern, sind zu verstärken. Die Ausbildung in allen medizinischen Berufszweigen ist von Schulgeldzahlungen freizustellen, um unter anderem den Anforderungen des demografischen Wandels gerecht zu werden. Ebenso ist die Ausbildung von Ärzten und Fachärzten zu fördern und wesentlich auszubauen. Dies soll auch durch überregionale Kooperationen mit der im Aufbau befindlichen Universitätsmedizin in Cottbus erfolgen.

BVB / FREIE WÄHLER fordert die Etablierung eines Studiengangs „Pharmazie“ an der neuen Medizinischen Universität in Cottbus, um der Schließung von Apotheken aufgrund des Fachkräftemangels entgegenzuwirken. Da Brandenburg das einzige Bundesland ist, welches diese Ausbildung nicht anbietet, muss diese Lücke geschlossen werden.

Die zahnärztlichen Früherkennungsuntersuchungen sowie die gruppenprophylaktischen Maßnahmen in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen sind auszubauen. Durch mehr Beratungsangebote über Ursachen und Folgen der frühkindlichen Karies sollen Eltern noch stärker sensibilisiert werden, denn sie spielen in der zahnmedizinischen Prävention der Kinder eine wichtige Rolle.

Wir als BVB / FREIE WÄHLER möchten wegweisende Projekte zur Verbesserung von Prävention, Diagnostik und Behandlung im Kinder- und Jugendbereich etablieren. Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen vorbeugen, sie frühzeitig erkennen, nachhaltig behandeln sowie Folge- und Begleiterkrankungen verhindern – das sind unsere übergreifenden Ziele. Denn nur eine Verbesserung der Kindergesundheit kann langfristig zu einer gesünderen Gesellschaft beitragen.

Im schulischen Bereich ist der Wissensvermittlung über die Folgen des Tabak-, Alkohol- und Drogenkonsums eine stärkere Aufmerksamkeit als bisher einzuräumen.

4. Migration

BVB / FREIE WÄHLER steht für eine Migrationspolitik, die von gegenseitigem Respekt und friedlichem Miteinander getragen wird. Die Menschenrechte sind stets zu achten, Intoleranz und Rassismus lehnen wir ab.

Die Chancengleichheit der Mitbürger mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt muss sichergestellt sein. Es gilt, Menschen mit Migrationshintergrund gezielt für Stellen, in denen interkulturelle Kompetenzen gefragt sind, auszubilden. Ziel ist die selbstbestimmte und eigenständige Lebensführung. Islamismus und Antisemitismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft.

Die Kommunen tragen seit Jahren die Hauptlast der Migration. Das Land hat die Kommunen entsprechend zu entlasten und finanziell besser auszustatten.

Weiterhin fordern wir eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen und eine konsequente Rückführung von Straftätern und Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive.



Zentraler Schlüssel zur Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Deswegen setzen wir uns für eine weitere Stärkung der Kreisvolkshochschulen ein, die bereits eine wichtige Rolle in der Sprachvermittlung übernehmen.

Ebenso braucht es eine schnellere Eingliederung anerkannter Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Hierzu müssen ausländische Schul- und Berufsabschlüsse leichter und schneller anerkannt werden. Für die Bereiche, in denen dies nicht möglich ist, muss Brandenburg (wie alle anderen Flächenländer auch) ein Studienkolleg einrichten.

Wir erneuern unsere Forderung nach der Schaffung von direkt gewählten Migrationsbeiräten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten zur besseren Repräsentation und Partizipation.

Zugleich treten wir für mehr Transparenz bei kommunalen Verträgen über die Errichtung bzw. Einrichtung und Finanzierung von Übergangwohnheimen und die Etablierung einer Geldkarte für einen Teil der an Flüchtlinge zu gewährenden Mittel ein.

5. Infrastruktur / Bauen und Wohnen / Verkehr / Ländliche Entwicklung

5.1. Infrastruktur

Oberstes Ziel ist die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für die Bürger unseres Landes.

BVB / FREIE WÄHLER will dies durch eine gezielte Unterstützung und Förderung der kleinen und mittelständischen Betriebe in Brandenburg erreichen. Ebenso wichtig ist uns eine optimale Instandhaltung und – wo noch notwendig – ein weiterer Ausbau der Infrastruktur (Verkehrswege, Telekommunikation, Digitalisierung, Stromnetze) als Grundlage, um Brandenburg für die Zukunft wettbewerbsfähig zu halten oder zu machen.

Die Steigerung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen auf der Basis guter Bildung und intensiver Vernetzung mit hervorragender Forschung und Entwicklung ist für BVB / FREIE WÄHLER auch regional der zentrale Ansatzpunkt. Wir setzen dabei auf eine aktive und positive wirtschaftliche Entwicklung, die über mehr und qualifiziertere Arbeitsplätze sowie damit einhergehende Steuermehreinnahmen die Zielerreichung ohne Steuererhöhungen und möglichst auch ohne Leistungsabbau erreichen lässt.

Voraussetzung für die frühzeitige Weiterentwicklung von Innovationen zu marktfähigen Lösungen und Produkten ist die gezielte wirtschaftliche Entwicklung über Start-ups und hochschulnahe Unternehmen, sowie bereits bestehende klein- und mittelständische Unternehmen in enger Kooperation mit Forschungseinrichtungen. Die Entscheidung über die Innovationen, die besonders förderungswürdig sind, sollte vor Ort in einem Verbund von Forschungseinrichtungen, Unternehmensverbänden und Kammern erfolgen. Dies hat nicht die Politik zu entscheiden, sie hat nur für die passgenauen Förderinstrumente und gute Rahmenbedingungen zu sorgen.

Um dauerhaft gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Bürger unseres Landes zu gewährleisten oder wenigstens wiederherstellen zu können, wollen wir die jeweils tragfähigsten Entwicklungsmöglichkeiten in den einzelnen Regionen unseres Landes identifizieren. Diese sollen durch die regionalen und lokalen Wirtschaftsfördereinrichtungen in enger Kooperation mit den vorhandenen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen bestimmt werden. Auch hier darf es keine Vorgaben von oben oder willkürliche Entscheidungen der Landespolitik geben. Die Politik der Konzentration auf einige wenige politisch bestimmte Förderzentren ist überholt und verschärft die Unterschiedlichkeit der Lebensbedingungen.



5.2. Bauen und Wohnen

Wir setzen uns für eine Verkürzung der Sperrzeiten für Neubauten auf staatlich geförderten Abrissgrundstücken auf unter 20 Jahre ein, um eine gezielte Entwicklung von Wohnraum zu ermöglichen.

Wir fordern mehr Handlungsspielraum für Kommunen bei der Ausweisung neuer Baugebiete.

Zudem ist die Landesbauordnung hinsichtlich der starren Regeln bei der Geschossigkeit von Gebäuden zu vereinfachen. Das Bauen in zweiter Reihe ist zu vereinfachen.

Wir fordern eine Absenkung der Grunderwerbssteuer auf unter 5,5 Prozent.

BVB / FREIE WÄHLER setzt sich für Neuaufgaben der Förderung zur Schaffung von Wohnraum ein.

Die Gründung kreislicher Wohnungsbaugesellschaften soll durch das Land unterstützt werden. Diese sollen die Aufgabe haben, passgenauen und bezahlbaren Wohnraum für größere Familien, Senioren, Studenten und andere Gruppen zu schaffen. Dadurch soll auch ein sozialer Ausgleich innerhalb der Regionen geschaffen werden.

5.3. Verkehr

Mobilität ist für Personen und Wirtschaftsgüter unabhängig von der Wahl der Verkehrsmittel kostengünstig und nachhaltig zu gestalten.

Leistungsfähige Transportsysteme waren und sind unabdingbare Voraussetzungen für die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft. Als Vertreter einer sozialen Marktwirtschaft ist BVB / FREIE WÄHLER auf keine Verkehrsform ideologisch festgelegt. Wir fordern aber, dass die Verkehrsfragen und -lösungen immer wieder auf Notwendigkeit, Kosten und Nachhaltigkeit, also entsprechend auf die Sinnhaftigkeit für den Verkehrsbereich, und darüber hinaus auch auf die Korrelation mit anderen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft überprüft werden.

5.4. Öffentlicher Personennahverkehr

In vielen ländlichen Regionen von Brandenburg gibt es, abgesehen vom Individualverkehr mit dem eigenen Auto, kein ausreichendes Mobilitätsangebot. Hier fährt oftmals entweder gar kein Bus oder aber lediglich ein Schulbus, welcher die Mobilitätsbedürfnisse aller Bürger in keiner Weise befriedigen kann. Das ist alles andere als attraktiv für einen Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Personennahverkehr. Eben dieser Umstieg zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll mit BVB / FREIE WÄHLER flächendeckend barrierefrei ermöglicht und erleichtert werden.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist von zentraler Bedeutung in Brandenburg, um die Mobilität aller Menschen sicherzustellen. Er ist Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, für die Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen, für den Weg zum Arzt und leistet einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit zwischen Stadt und ländlichem Raum. Für uns ist der schienengebundene Personennahverkehr (SPNV)/ÖPNV Teil der Daseinsvorsorge und erfordert mehr als nur Investitionen aus Bundesmitteln. Wir setzen uns dafür ein, jährlich weitere 100 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt für Investitionen in den SPNV und ÖPNV bereitzustellen, um den Brandenburg-Takt 2040 umzusetzen.

Dieser sieht vor, an jedem Tag von 4 bis 24 Uhr mit Bus und Bahn im Taktverkehr ans Ziel zu kommen. Dazu sollen Regionalexpress-Verbindungen alle 30 Minuten fahren und die neue Regional-S-Bahn, auch

auf Nebenstrecken, alle 60 Minuten verkehren. Auch der 10-Minuten-Takt der Berliner S-Bahn nach Brandenburg ist für uns Teil dieses Konzeptes. Hierfür gilt es, das Streckennetz zu ertüchtigen und neue Haltepunkte in das Netz aufzunehmen. Darüber hinaus braucht es neue Park-&-Ride (P&R)- sowie Bike-&-Ride (B&R)-Angebote, dezentral auch an kleinen Haltepunkten, um möglichst viele Bahnhaltunkte attraktiver auch mit einem Bus-Taktverkehr verknüpfen zu können. Nur so ist vom ländlichen Brandenburger Raum die Metropole Berlin in mindestens 60 bis 90 Minuten zu erreichen. Dies gilt auch für das Erreichen von Oberzentren (in 90 Minuten) und Mittelzentren (in 45 Minuten).

Hierzu gilt es, das Schienennetz ebenso wie das Busangebot der Verkehrsunternehmen in den Landkreisen besser auszufinanzieren. Dies bildet die Grundlage dafür, die ergänzenden Bahnhöfe und Haltpunkte mit dem Liniennetz zeitlich besser abzustimmen, um das Mobilitätsangebot für Pendler, Schüler, sowie den Freizeitverkehr attraktiver zu gestalten. Eine engere Taktung auch in den Abendstunden sowie an Wochenenden ermöglicht dabei auch eine bessere Teilhabe am kulturellen Leben. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bedeutet Entwicklung und persönliche Entfaltung. Dies gilt es, zu fördern.



Als BVB / FREIE WÄHLER setzen wir uns für die Reaktivierung von Eisenbahnlinien ein. Wir wollen darüber hinaus auch eine zügigere Aufnahme von neuen Haltepunkten in das Streckennetz ermöglichen. Die Wirtschaftlichkeit des Angebots darf nicht für jede einzelne Verbindung isoliert betrachtet werden, sondern sollte sich an der Stärkung des Gesamtnetzes bemessen. Schnelle Umstiegsmöglichkeiten, angepasste und optimierte Abfahrzeiten steigern zusätzlich die Attraktivität des ÖPNV. Insbesondere der zuverlässige Anschlussverkehr mit dem PlusBus oder dem Liniibus ist uns wichtig. Nur mit einem attraktiven und verlässlichen ÖPNV-Angebot kann eine wirkliche Verkehrswende und mit ihr das Erreichen der damit verbundenen Klimaziele gelingen.

5.5. Schienengüterverkehr

Aufgrund der in den letzten Jahren weiter gestiegenen Belastung der Fernstraßen durch immer mehr LKW setzen wir uns dafür ein, dass der Güterverkehr wieder verstärkt auf die Schiene kommt. Das gilt vor allem für Schwergüter. Hiermit senken wir die Belastung der Pendler gerade im täglichen Berufsverkehr. Eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene hilft, die Beanspruchung unserer Autobahnen und Bundesstraßen zu reduzieren. Dies senkt die Kosten für den Straßenunterhalt und verringert damit verkehrsbedingte Einschränkungen infolge von Baumaßnahmen. Dies stärkt zugleich die Wettbewerbschancen von Brandenburg.

Die Regionalisierungsmittel des Bundes sind aufzustocken und mit eigenen Landesmitteln zu erweitern. Dies trägt der steigenden Belastung der Schienenwege Rechnung und ermöglicht Investitionen in den Bau von Ausweichstrecken, um damit den heutigen Ansprüchen des Schienengüterverkehrs sowie des Personenverkehrs gleichermaßen gerecht zu werden.

Güterverkehre und damit Beeinträchtigungen durch Lärm, Feinstaub und andere Umweltbelastungen sollten vorwiegend aus Ortslagen herausgehalten werden beziehungsweise, da wo dies nicht geht, Lärmschutz und andere Maßnahmen für ein gesundes Wohn- und Lebensumfeld sorgen.



5.6. Flugverkehr / BER

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg braucht einen leistungsfähigen und wirtschaftlichen Flughafen.

Der Standort in Schönefeld war, ist und bleibt falsch. Er wurde in dem Wissen aus Tegel nach Schönefeld verlagert, dass man Flughäfen aus Gründen des Katastrophenschutzes sowie der Lärm- und Umweltbelastungen heutzutage nicht mehr in innerstädtischen Lagen errichtet.

Eine Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung belegt, dass nirgendwo in Deutschland so viele Menschen zuziehen wie in Schönefeld. Die Umlandgemeinden verzeichnen gleichfalls Zuwachs in Größenordnungen und leiden deshalb unter erheblichem Wachstumsschmerz. Der jüngsten Studie der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum Airport Berlin-Brandenburg und der Industrie- und Handelskammern (IHK) zufolge droht der Airport-Region bis 2040 der Verkehrskollaps.

Schönefeld mit seinen Umfeldgemeinden wird somit in absehbarer Zeit in eine vergleichbare Situation geraten, wegen der der BER aus Berlin herausverlagert wurde. Es ergibt sich dringender Handlungsbedarf nicht nur durch die Zunahme der Einwohnerzahl, sondern auch durch die Ansiedlung neuer Gewerbegebiete und das kontinuierliche Wachstum der Pendlerströme. Die Entwicklungsmöglichkeiten für den BER sind vor diesem Hintergrund und dessen Lage im Raum beschränkt. Dies gilt in der Folge auch für die wirtschaftliche Entwicklung der Flughafengesellschaft.

Wir treten dafür ein, den drohenden Verkehrsinfarkt in der Flughafenregion nicht länger zu leugnen, sondern unverzüglich anzugehen. Hierzu gehören intelligente Verkehrsleitsysteme, Verhandlungen mit dem Bund bezüglich Ertüchtigungen der A10, A12 und A13, sowie eine bessere Anbindung durch den ÖPNV.

Den betroffenen Bewohnern der Anrainergemeinden ist der ihnen zustehende passive Schallschutz endlich in vollem Umfang zu gewähren. Der aktive Schallschutz ist beispielsweise durch ein lärminderndes Betriebsregime, durch Flugrouten, die Betroffene nicht einseitig dem Fluglärm aussetzen, durch ein dichteres Netz von Fluglärmmessstellen und durch höhere Lärmrentgelte für Fluggesellschaften zu verbessern. Das vollständige Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr ist endlich umzusetzen.

Eine Erweiterung des BER um eine dritte Start- und Landebahn lehnen wir kategorisch ab.

Die finanzielle Abhängigkeit der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) von Zuschüssen aus dem Landeshaushalt ist auf das geringstmögliche Maß zurückzufahren.

5.7. Wasserstraßenverkehr

Das Wasserstraßenprogramm soll im Zuge des Bundesverkehrswegeplans zügig, aber ohne Beeinträchtigung der Umwelt, als Zukunftsinvestition umgesetzt werden, auch wenn gegenwärtig eine entsprechende Auslastung noch nicht in Sicht ist.

Die kleineren Flüsse und Kanäle sollen für touristische Zwecke erhalten werden.

Deswegen treten wir für ein stärkeres Engagement des Landes für den Erhalt der Schleusen am Finowkanal als ältester künstlicher Wasserstraße Deutschlands ein. Ebenso muss die Schleuse Fürstenwalde endlich erneuert und damit den heutigen Anforderungen und Schiffsgrößen angepasst werden.



5.8. Straßenverkehr

Das öffentliche Straßennetz trägt die Hauptlast des individuellen, des öffentlichen und des Wirtschaftsverkehrs. Dies wird sich angesichts der Investitionspläne im öffentlichen Personennahverkehr und der Prognosen zur Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs auch mittelfristig nicht ändern.

Erhalt und Bau von Straßen werden seit geraumer Zeit – teilweise ideologisch begründet – spürbar vernachlässigt. Landesstraßen müssen endlich in einen zeitgemäßen Zustand versetzt werden. Bei entsprechendem Bedarf müssen Neubauten – insbesondere Ortsentlastungsstraßen – errichtet werden. Ein weiterer finanzieller Schwerpunkt muss auf den systematischen Erhalt der Brücken gelegt werden. Die personellen Engpässe beim Landesbetrieb Straßenwesen sind zur Beschleunigung der Planungen unverzüglich zu beheben.

Last- und Volumenerhöhungen für Lastkraftwagen lehnen wir wegen der negativen Folgen, wie zum Beispiel Behinderung des Individualverkehrs, erhöhte Emissionen und massive Straßenschädigung, ab. Wir wenden uns daher gegen die immer weitere Ausweitung der Positiv-Strecken für Lang-LKW von 25,25 Meter je Fahrzeug.

Notwendige Baumaßnahmen sind durch die Straßenbaulastträger so zu gestalten, dass der dienende Zweck der betroffenen Straßen nicht länger ausgesetzt wird, als es bautechnisch für die Baumaßnahme notwendig ist. Hierbei ist die kosteneffizienteste Lösung unter frühzeitiger Beteiligung der Anwohner zu realisieren.

Verkehrswege in der Grenzregion zu Polen sind verstärkt auszubauen und im Hinblick auf den zunehmenden Schwerlastverkehr so zu ertüchtigen, dass Anwohner entlastet werden. Die Zubringerstraßen, Grenzübergänge und die Brückenbauwerke über Oder und Neiße (z. B. Schwedt oder Küstriner Vorland) sind so zu erweitern, dass sowohl der normale Grenzverkehr als auch verstärkte Kontrollen bei besonderen Situationen nicht zu einer unzumutbaren Beanspruchung der Anwohner führen.

5.9. Fahrradverkehr

Um insbesondere die innerörtliche Verkehrsbelastung durch motorisierten Individualverkehr zu verringern und zugleich den Mobilitätsanforderungen angesichts immer wieder steigender Treibstoffkosten Rechnung zu tragen, sollten neben dem ÖPNV auch die innerörtlichen Fahrradwege möglichst systematisch ausgebaut werden, sodass wesentliche innerörtliche Verkehrsverbindungen durch gute und möglichst direkte Radwegverbindungen, im Idealfall von den Straßen getrennt, erschlossen werden. Dafür ist ein Förderprogramm des Landes aufzulegen, was die Kommunen schrittweise finanziell dazu befähigt.

Darüber hinaus muss zukünftig der Ausbau kreis- und landesstraßenbegleitender Radwege vermehrt auf die Verbindung der Städte und Gemeinden im Nahbereich (Stadt-Umland-Verkehre) und weniger auf den Ausbau touristischer (Fern-)Radwegverbindungen ausgerichtet werden. Dort, wo es ein besonders großes Potenzial an Berufspendlern gibt, sollten endlich auch Radschnellwege über eine Finanzierung des Landes realisiert werden.

5.10. Ländliche Entwicklung

Der ländliche Raum ist das Rückgrat Brandenburgs. BVB / FREIE WÄHLER bekennt sich zum Erhalt der dünn besiedelten berlinfernen Regionen.

Die Land- und Forstwirtschaft sowie die anderen Branchen der Landnutzung sind bedeutende Arbeitgeber im ländlichen Raum und wichtige Bewahrer unserer Kulturlandschaft. Daher setzen wir uns für die Stärkung der Landnutzungsbetriebe und die Schaffung von regionalen Wertschöpfungsketten ein.



Die bisher gelebte Konzentration von Infrastrukturmaßnahmen zugunsten der urbanen Regionen ist zu korrigieren.

Die vorhandene Infrastruktur der Straßen, Schienen und Radwege ist vorrangig zu sanieren und darauffolgend bedarfsgerecht zu erweitern. Bereits existente, aber stillgelegte Bahnstrecken, wie zum Beispiel die Wriezener Bahn, sind zu reaktivieren.

Auch der flächendeckenden Versorgung im Gesundheitswesen kommt eine große Bedeutung zu. Es sind stärkere staatliche Anreize für die Niederlassung von Allgemein- und Fachärzten im ländlichen Raum zu schaffen, um besonders unsere älteren Mitbürger zu versorgen. Das Prinzip der Gemeindeschwester soll wiederbelebt werden. Der Einsatz von mobilen Landärzten und mobilen Apotheken sowie der Ausbau eines Medikamentenlieferservice sind zu unterstützen.

Die örtliche Versorgung in den ländlichen Gebieten ist oft als mangelhaft zu bezeichnen. Daher möchten wir die Schaffung eines mobilen Verkaufsystems für Lebensmittel und Grundbedarf unterstützen.

Der Seniorenbetreuung in den ländlichen Gebieten kommt eine immer wichtigere Bedeutung zu. Daher unterstützen wir die Schaffung von Seniorenklubs mit Ganztagsangeboten und Mittagsversorgung sowie von mehr betreuten Wohnangeboten vor Ort.

Zeitgemäße Kommunikationsmöglichkeiten auf dem Land stehen noch immer nicht in zufriedenstellendem Umfang zur Verfügung. Daher fordern wir die Schaffung eines flächendeckenden Breitbandsystems im ländlichen Raum. Die Aufgabe des Landes besteht dabei darin, neben dem Bund den Breitbandausbau stärker zu unterstützen. Konkret ist der Ausbau besser zu koordinieren und es sind verbindliche Vorgaben für Tiefbauleistungen der Netzbetreiber zu vereinbaren.

Darüber hinaus erschweren unzählige Funklöcher seit Jahren die Kommunikation im ländlichen Raum. Ihre Beseitigung muss dringend Priorität bekommen. Dazu sind sog. Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen, entsprechende Förderprogramme des Bundes zu erweitern und im Dialog mit der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft die nötigen geografischen Schwerpunkte zu setzen.

Bei der Landesplanung darf nicht nur die Region um Berlin vorrangig betrachtet werden. Brandenburg ist ein Flächenland und muss daher auch im Ganzen wahrgenommen werden. Die Mittelzentren und Gemeinden außerhalb des sogenannten „Speckgürtels“ von Berlin müssen mehr Unterstützung vom Land erhalten, da sie nicht von der Nähe zur Bundeshauptstadt profitieren. Die Behinderung der Entwicklung des ländlichen Raums muss beendet werden.

Der Landesentwicklungsplan „Hauptstadtregion Berlin und Brandenburg“ setzt aktuell keinerlei Akzente in diese Richtung und denkt die Entwicklungsmöglichkeiten weiterhin allein von der Bundeshauptstadt Berlin aus – in Form eines Entwicklungssterns, der die weiter entfernt liegenden ländlicheren Regionen schon vom Ansatz her in ihrer Entwicklung benachteiligt. Ebenso werden die Städte und Gemeinden im engeren Verflechtungsraum, die nicht auf den Entwicklungsachsen liegen, vernachlässigt. Die bereits seit Jahren erfolgenden Siedlungsbewegungen der Menschen aus Berlin ins umliegende Brandenburg nehmen jedoch keine Rücksicht auf diese theoretischen, planerischen Vorgaben, was dazu führt, dass viele dieser Orte bereits jetzt schneller und stärker wachsen, als sie es mitunter vertragen können.

Auch Orte außerhalb des Siedlungssterns wollen und müssen sich positiv entwickeln, um der erhöhten Nachfrage nach Bauland und nach bezahlbaren Wohnungen Rechnung tragen zu können. BVB / FREIE WÄHLER will diesen Orten die Freiräume geben, mehr Wohnflächen und mehr Gewerbegebiete ausweisen zu dürfen. Weite Teile der Daseinsvorsorge konzentrieren sich auf die Entwicklungsachsen, doch auch jenseits dieser



wollen sich junge Familien niederlassen und Gemeinden von ihren Gestaltungsmöglichkeiten Gebrauch machen. Daher brauchen wir dringend eine Abkehr von den derzeitigen Grundsätzen und eine Rückbesinnung auf die Grundzentren – auch, um Entwicklungspotenziale abseits der Bundeshauptstadt endlich nutzen zu können.

Die Stadtzentren und historischen Stadtkerne der Städte und Gemeinden sind wichtige Identifikationspunkte für die Einwohner. BVB / FREIE WÄHLER setzt sich für den Erhalt und die Entwicklung der „gebauten Umwelt“ unter Bewahrung des baukulturellen Erbes ein. Die finanzielle Förderung zur Sicherung des Gebäudebestands muss dazu deutlich verbessert werden.

Die Kürzung der Städtebauförderung durch die Bundesregierung ist mit einem erheblichen Verlust an Investitionskraft in den Ländern verbunden, was sich schließlich auch negativ auf die Investitionstätigkeit der Kreise und Kommunen auswirkt. Dadurch fehlen Aufträge für den ortsansässigen Mittelstand mit der Folge entsprechender Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dieser Entwicklung ist über den Bundesrat entgegenzuwirken.

BVB / FREIE WÄHLER fordert ein Umdenken bei der Städtebau- und Infrastrukturförderung, um der strukturellen Destabilisierung großer Landesteile entgegenzuwirken und zukünftig wieder gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Brandenburger bieten zu können. Entsprechende Planungs- und Genehmigungsverfahren sind bei frühzeitiger Einbeziehung der Bürger zu vereinfachen und zu straffen.

Die Dorfkirchen und ihre aktuellen und zukünftigen Nutzungen haben eine hohe Bedeutung für das gesellschaftliche Leben im ländlichen Raum und dessen Entwicklung. Gemeinsam mit den Kirchen und Kommunen müssen hierzu Initiativen und Projekte entwickelt und unterstützt werden. Hierbei sollen unter anderem Mittel der EU-Strukturfonds zum Einsatz kommen. So könnten die Möglichkeiten genutzt werden, die es in der EU-Förderperiode zur Förderung bzw. zum Schutz des kulturellen Erbes, zum Beispiel von Dorfkirchen und sonstigen Denkmälern im ländlichen Raum, gibt.

6. Wirtschaft / Wissenschaft / Forschung und Entwicklung / Energie

6.1. Wirtschaft

BVB / FREIE WÄHLER bekennt sich zu einer mittelstandsfreundlichen Politik und unterstützt die in unserem Bundesland aktiven Selbstständigen, Gewerbetreibenden und Unternehmer. Dies haben wir auch im Rahmen der Coronakrise bezogen auf Hilfsprogramme nachdrücklich eingefordert. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Brandenburger Wirtschaft. Er stellt den Großteil der Arbeitsplätze, bietet Jugendlichen eine berufliche Ausbildung und trägt wesentlich zur Wertschöpfung bei.

Den Schwerpunkt der Ansiedlungspolitik sieht BVB / FREIE WÄHLER in technologie- und IT-orientierten Unternehmen mit starker Vernetzung in den regionalen Markt. Um die Nachhaltigkeit im Aufbau hocheffizienter Wirtschaftsstrukturen zu gewährleisten, setzen wir auf Unternehmen mit einem hohen Wertschöpfungspotenzial und einem Bedarf an gut bezahlten Fachkräften.

Wir setzen uns für eine differenzierte Fortführung der Wirtschaftsförderung im Land auf der Basis von regionalen Wachstumskernen ein. Für die Förderhöhe sind Leistungs- und Entwicklungsparameter, wie beispielsweise Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit, festzulegen. Die gleichmäßige Entwicklung aller Landesteile ist uns wichtig. Wir wollen dezentrale Strukturen stärken, diese aber regional bündeln.



Die Förderpolitik ist gezielt auf den Aufbau einer leistungsfähigen, stabilen und sich durch Innovationen tragenden Wirtschaft auszurichten.

Wir setzen uns für eine permanente Überprüfung der Schnittmengen aus industrie-, forschungs- und technologiepolitischen Maßnahmen ein und fordern die Einbeziehung von Industrie- und Gewerbeverbänden sowie Netzwerken in diesen Prozess.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Wirtschaft zu stärken und marktfähige Produkte und Dienstleistungen schneller zu entwickeln, ist es notwendig, darauf ausgerichtete Strukturen aufzubauen. Die Ausrichtung von wissenschaftlichen Instituten und Lehrstühlen ist in diesen Bereichen dem Bedarf der Wirtschaft anzupassen. Die diesbezüglichen Zuständigkeiten zwischen Wirtschafts- und Forschungsministerium müssen gebündelt werden.

Unternehmen wie das PCK Schwedt, die für Brandenburg versorgungstechnisch systemrelevant sind, sind durch gezielte Förderpolitik zu unterstützen, um dauerhaft marktfähig zu sein und als Wirtschaftsfaktor erhalten zu bleiben.

Wir unterstützen die Ansiedlung von Tesla und die damit einhergehende Schaffung wichtiger Arbeitsplätze. Bei der Sicherstellung der infrastrukturellen Voraussetzungen muss das Land die Kommunen bessere unterstützen. Zugleich dürfen Arbeitsschutz- und Umweltstandards nicht ausgehöhlt werden.

6.2. Wissenschaft

Wissen ist Grundlage und Voraussetzung, um die Herausforderungen unserer Zeit bestehen und unseren Wohlstand auch für die Zukunft erhalten zu können. Fachkräftemangel ist auch eine Folge von unzureichender oder ausgebliebener Ausbildung, die in vielen Berufszweigen zwingend in den Hochschulen zu erfolgen hat.

BVB / FREIE WÄHLER setzt sich dafür ein, für Erststudenten bis zum Masterabschluss oder vergleichbarem Abschluss keinerlei Studien- oder Anmeldegebühren zu erheben. Wir wollen das Arbeitskräftepotenzial im Land unabhängig von der sozialen Herkunft optimal fördern. Mit uns wird es auch keine versteckten oder anders benannten Studiengebühren geben.

Wir fordern eine verlässliche Finanzierung der Universitäten und Fachhochschulen sowie der Forschungsinstitute des Landes, der Lehrstühle und von deren wissenschaftlichem Unterbau. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind mittel- bis langfristig auf einen Anteil von wenigstens 5 Prozent des Brandenburger Haushaltsvolumens anzuheben.

Wir treten dafür ein, die sogenannte „Hochschultreppe“ mit einer jährlichen Finanzierung von 5 Millionen Euro fortzuführen, um das Niveau unserer Universitäten und Hochschulen auch in Zukunft zu erhalten und auszubauen.

Zudem soll der in 2020 zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur und den Hochschulleitungen und -gremien, den Personalvertretungen, den Studierendenvertretungen, den Gleichstellungs- und Schwerbehindertenvertretungen sowie den Gewerkschaften begonnene Dialogprozess für „Gute Arbeit in der Wissenschaft“, der in ein neues Hochschulgesetz mündete, auch nach dessen Verabschiedung dauerhaft fortgesetzt werden. Hierfür ist ein neues Format zu entwickeln, um einen konstruktiven Meinungs- und Gedankenaustausch über die Fortentwicklung unserer Universitäten und Hochschulen zwischen allen Beteiligten unterjährig zu ermöglichen.



Das geplante „Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus“ (IUC) mit den Schwerpunkten „Gesundheitssystemforschung“ und „Digitalisierung des Gesundheitswesens“ ist als ein wichtiger Baustein des durch den vereinbarten Kohleausstieg bedingten Strukturwandels in der Lausitz und der medizinischen Ausbildung Brandenburgs mit allen notwendigen Mitteln auf der parlamentarischen, ministeriellen und administrativen Ebene zu unterstützen. Es ist hinsichtlich der finanziellen Dimensionen für dessen Errichtung und der Zielstellung von ca. 200 Medizinstudenten pro Jahr bereits ab dem Wintersemester 2026/2027, mindestens 80 Professuren und 3.000 Vollzeitstellen in Forschung, Lehre und Krankenversorgung im Endausbau eines der größten öffentlichen Vorhaben in der Legislaturperiode 2024-2029.

Für die Umsetzung des Konzepts zum Aufbau und Betrieb des IUC wird von einem Bedarf für Forschung, Lehre und Digitalisierung von rund 2,1 Milliarden Euro an Investitions- und Betriebskosten bis 2038 ausgegangen. Zwar soll die Finanzierung größtenteils durch Bundesmittel über das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ erfolgen. Brandenburg muss sich aber auf eine zumindest anteilige Finanzierung aus dem Landeshaushalt vorbereiten. Sie ist nach unserem Dafürhalten folgerichtig und eine sinnvolle Investition in die Zukunft.

Die BTU Cottbus-Senftenberg und das Carl-Thiem-Klinikum Cottbus sollen bei aller Befürwortung und Unterstützung des Leuchtturmprojekts IUC aber nicht in dessen Schlagschatten geraten. Beide Einrichtungen müssen auf die von der Politik gegebenen Zusagen für deren Bestand und Fortentwicklung vertrauen können.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) für die ca. 50.000 Studenten an Brandenburger Hochschulen ein Semesterticket anbietet, welches den finanziellen Konditionen und dem räumlichen Geltungsbereich des Deutschland-Tickets gleichwertig ist.

Der Bau und die Sanierung von Studentenwohnheimen aus dem Zukunftsinvestitionsfonds ist auch in der Legislaturperiode 2024-2029 fortzusetzen. Zur Abfederung der Mietbelastung für Studenten ist die Auflage eines explizit studentischen Wohngeldprogramms zu prüfen.

Auf Studienrückmeldegebühren ist ab dem Haushaltsjahr 2025 vollständig und ersatzlos zu verzichten und im Landtag ein von den Studierendenvertretungen vorzuschlagender Studierenden-Beauftragter zu etablieren.

Der den Brandenburger Hochschulen aus dem von Bund und Ländern beschlossenen Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ ab 2024 jährlich zustehende Betrag von ca. 70 Millionen Euro ist vollständig, effizient und zweckbestimmt für den Erhalt der Kapazitäten, der Erhöhung der Auslastung, der Qualität des Studiums und damit der Abschlussquoten, zur Schaffung bedarfsgerechter und neuer fächerspezifischer Lehrkapazitäten sowie zur Entfristung von mit Lehrtätigkeit befasstem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal einzusetzen. Hierzu ist der Förderbetrag den auf jährlich 35 Millionen Euro angewachsenen Kofinanzierungsanteil aus dem Brandenburger Landeshaushalt bis zum Vertragslaufzeitende 2027 bereitzustellen.

6.3. Forschung und Entwicklung

Zahlreiche namhafte und auch weltweit anerkannte Einrichtungen der Forschung und Entwicklung sind in unserem Bundesland beheimatet und Beleg für eine exzellente außeruniversitäre Forschungslandschaft auf höchstem Niveau in Brandenburg.

So vereinen die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft, die Leibniz-Gemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft zahlreiche Forschungsinstitute, wie beispielsweise das Deutsche GeoForschungsZentrum (GFZ), das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY) und das Zentrum für Material- und Küstenforschung (HZG).



Viele von diesen Instituten sind auf dem „Telegrafenberg“ in Potsdam angesiedelt, der ohne Übertreibung als das „Adlershof“ Brandenburgs bezeichnet werden kann.

BVB / FREIE WÄHLER tritt dafür ein, die Arbeitsfähigkeit der Institute auf dem Gebiet der erkenntnis- und anwendungsorientierten Forschung im bisherigen Umfang zu gewährleisten, um deren Verbleib im Land zu sichern, und dafür den finanziellen Anteil an der institutionellen Förderung aus dem Landeshaushalt auf dem bisherigen Niveau zu halten und möglichst auszubauen.

Der Wissenstransfer durch eine enge Zusammenarbeit der Forschungsinstitute, der Hochschulen und der in Brandenburg ansässigen Wirtschaftsunternehmen ist über eine aktive ministerielle und administrative Unterstützung voranzubringen. Hierfür ist die sogenannte „Transferstrategie“ zu evaluieren und fortzuentwickeln. Die vorhandenen Präsenzstellen der Hochschulen des Landes Brandenburg in den Regionalen Wachstumskernen (RWK) sind zu erhalten.

Die Kofinanzierung aus dem Landeshaushalt für die zu den vorgenannten Punkten vorhandenen, anteilig auch über die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds ESF und EFRE finanzierbaren, Förderprogramme ist fortzuführen und gegebenenfalls auszubauen. Einen Schwerpunkt sollten dabei Speichermedien und -systeme für Strom und Wasserstoff sowie Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz darstellen.

6.4. Tourismus

BVB / FREIE WÄHLER setzt sich in ganz Brandenburg für einen nachhaltigen Tourismus ein, der den jeweiligen regionalen Gegebenheiten vor Ort Rechnung trägt. Den Kommunen müssen dafür entsprechende Möglichkeiten zur Finanzierung bereitgestellt werden, damit direkt vor Ort selbstbestimmt entschieden werden kann. Mehr finanzielle Selbstgestaltung in Kurorten wird durch eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes § 11 Absatz 2 ermöglicht. Jeder zertifizierte Kurort soll für sich entscheiden dürfen, ob eine Kurtaxe auch von Tagesgästen erhoben werden soll. Die zusätzlichen Einnahmen können direkt in eine nachhaltige Entwicklung des touristischen Angebotes eingebracht werden und die kommunalen Haushalte entlasten.

6.5. Energiepolitik

BVB / FREIE WÄHLER setzt sich für ein Energiekonzept ein, das Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Anwohnerschutz, Nachhaltigkeit und eine langfristige Reduktion von Emissionen verbindet.

Zur Beschränkung der Emissionen an Treibhausgasen setzt BVB / FREIE WÄHLER in der Energie- und Verkehrspolitik in erster Linie auf den Europäischen Emissionsrechtehandel (EU-ETS). Dieser beschränkt bereits seit 2005 europaweit die Menge an Treibhausgasemissionen. Dies erfolgt durch die Ausgabe einer beschränkten und jährlich sinkenden Menge an handelbaren Emissionszertifikaten. EU-ETS gibt damit vor, wie stark die Emissionen in der EU und weiteren teilnehmenden Staaten, wie unter anderem die Schweiz und Norwegen, sinken. EU-ETS gibt hierbei aber nicht vor, wie die Senkung zu erfolgen hat.

Da emissionsreich produzierte Güter und Dienstleistungen teurer werden, findet eine Umstellung zu emissionsärmer hergestellten Gütern und Dienstleistungen statt. Dies lässt Wirtschaft und Bürgern weiterhin die Freiheit, selbst zu entscheiden. Es gibt bei dem Verfahren keine Vorschriften, welche Antriebsart im Auto verwendet werden darf oder welche Heizungsart nach welcher Betriebsdauer ausgetauscht werden muss. Die Bürger stellen die vorhandene Technik dann um, wenn sie es für richtig halten – nicht, weil staatliche Bürokratie sie dazu zwingt.

Es gibt im EU-ETS auch keine staatlichen Gebote und Verbote hinsichtlich der Art der Erzeugung von Elektroenergie. Das Verfahren ist unbürokratisch, technologieoffen und effizient - wie auch der IPCC-Bericht des Weltklimarats bestätigt. Zudem ist es resistent gegen Lobbyismus, da keine Steuermilliarden verteilt werden.

Die deutschen lobby- und ideologiegetriebenen Sonderwege, wie das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) oder das „Gebäudeenergiegesetz“ hingegen belasten die Bürger finanziell und bedrohen den Wirtschaftsstandort Deutschland. So ist das EEG der Hauptgrund für die explodierenden Stromkosten in Deutschland. Die Versprechungen von Lobby und Politik über sinkende Stromkosten haben sich nicht bewahrheitet. Die externen Kosten der Netzintegration der wetterbedingt schwankenden, verbraucherfern produzierten Energie (Reservekraftwerke, Netzausbau) schlagen sich in explodierenden Kosten für die Netzentgelte nieder. Bereits jetzt machen diese Kosten für private Haushalte ein Viertel der Stromrechnung aus.

Auch die Produktion selbst wird im Fall der Windkraft entgegen allen Versprechen sogar teurer. So stieg der mittlere mengengewichtete Zuschlagswert bei den EEG-Windkraft-Subventionen von 2021 bis 2023 in nur 2 Jahren um 25 Prozent. Windkraft ist inzwischen deutlich teurer als Photovoltaik. Doch weder CDU, SPD, Grüne noch FDP ließen in Regierungsverantwortung technologieoffenen Wettbewerb zu. Zu stark ist der Einfluss der Windkraft-Lobby, deren Umsätze an den Steuermilliarden für eine zu teure Technik hängen.

Langfristiges Ziel von BVB / FREIE WÄHLER ist es, für neue Projekte keine EEG-Förderung mehr zu gewähren und das EEG nach Ablauf der bereits genehmigten Förderungen auslaufen zu lassen. Auch bürokratische deutsche Sonderwege wie das Gebäudeenergiegesetz wollen wir beseitigen.

Das Land Brandenburg soll auf Bundesebene dafür kämpfen, dass die Strompreise wieder sinken. sind die aktuell von der Bundesregierung geplanten massiven regionalen Überkapazitäten bei Windkraft und Photovoltaik zu vermeiden. Sie verursachen nicht nur Probleme in Form von Lärm und Landschaftszerstörung bei den Anwohnern. Der extreme Abstand zu den Verbrauchern in West- und Süddeutschland würde auch einen gigantischen Bedarf an neuen Stromleitungen nach sich ziehen. Die Bundesnetzagentur schätzt bei den aktuellen Planungen zur „Energiewende“ die bundesweiten Kosten für den Netzausbau bis 2045 auf 450 Milliarden Euro. Kosten, die anschließend über die Netzentgelte auf die Verbraucher – also Wirtschaft und Bürger – umgelegt würden. Dies entspricht pro Haushalt einer Belastung von rund 10.000 Euro. Hinzu kommen die inzwischen aus Steuermitteln finanzierten EEG-Subventionen für Windkraft- und Photovoltaikanlagen in ähnlicher Größenordnung.

Dabei bestehen bereits heute im Land Brandenburg erhebliche Überkapazitäten. Die Ende 2023 in Brandenburg installierte Windkraft-Nennleistung von fast 9.000 Megawatt (MW) beträgt in etwa das Dreieinhalbfache des nächtlichen Energiebedarfs von Berlin und Brandenburg in Summe. Selbst der Spitzenbedarf tagsüber wird um das Doppelte übertroffen. Diese bestehende subventionsgetriebene Überkapazität darf nicht zum Schaden der Anwohner, der Natur und der brandenburgischen Kulturlandschaft sowie unter hohen Kosten für Wirtschaft und Verbraucher noch weiter vergrößert werden. Der Senkung der Energiepreise kommt eine entscheidende Bedeutung im Hinblick auf das Eindämmen der Inflation zu.





BVB / FREIE WÄHLER fordert daher ein Moratorium beim Ausbau der Windkraft in Brandenburg. Sollte sich kein Moratorium durchsetzen lassen, fordern wir eine Erhöhung des Mindestabstands zu Wohngebieten auf mindestens 1.500 Metern oder dem Zehnfachen der Anlagenhöhe (je nachdem, was der größere Abstand ist). Denn angesichts der erheblich gewachsenen Größe der Anlagen müssen die Mindestabstände angepasst werden.

Durch Energieerzeugungsanlagen belastete Kommunen sollen zukünftig finanziell besser am Gewinn des Anlagenbetriebs teilhaben. Die aktuelle „Sonderabgabe Windkraft“ ist hierbei angesichts ihres geringen Umfangs (ca. 40 Cent pro Einwohner und Jahr in 2022) und der ausschließlichen Zahlung für Neuanlagen bestenfalls als Placebo zu sehen.

BVB / FREIE WÄHLER lehnt den Bau von Windkraftanlagen (WKA) in Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten sowie in Wäldern ab. Dem Repowering an siedlungsfernen Standorten ist der Vorzug vor weiterer Neuausweisung von Eignungsflächen zu geben. Allerdings darf das Repowering nur noch an Standorten zugelassen werden, an denen eine Windhäufigkeit nachgewiesen ist, um so einen wirtschaftlichen Betrieb ohne Subventionierung sicherzustellen.

Umweltverträglichkeitsprüfungen für WKA müssen zur grundsätzlichen Pflicht werden. Dabei ist die Einhaltung der Lärm- und Schallschutzimmissionswerte im Genehmigungsverfahren nachzuweisen. Zudem sind bei Anlagen in Siedlungsnähe regelmäßige Kontrollen zur Einhaltung der Lärm- und Schallschutzimmissionswerte alle zwei Jahre vorzuschreiben. Auch Infrarotschallimmissionen sind hierbei zu dokumentieren. Wir setzen uns für eine TÜV-Pflicht für alle WKA ein. Wie alle Industrieanlagen müssen auch WKA regelmäßig auf ihre technische Sicherheit überprüft werden. Landtag und Landesregierung müssen sich nachdrücklich dafür auf Bundesebene einsetzen. Für alle WKA fordern wir 5 Jahre vor Auslaufen der EEG-Förderung den Nachweis, dass der vollständige Rückbau der WKA durch die jeweiligen Betreiber finanziell gesichert ist.

Wir wollen Biogasgewinnung und Verwertung aus Abfällen der Landwirtschaft, der Industrie und der Bevölkerung dort fördern, wo sie nachhaltig betrieben werden kann. Die Umrüstung von Biogasanlagen zur Gasspeicherung und zur flexiblen, bedarfsabhängigen Stromeinspeisung soll gefördert werden. Somit kann in Zeiten von Stromüberschüssen aus Windkraft oder Photovoltaik die Stromerzeugung gedrosselt oder abgeschaltet werden. Das anfallende Biogas wird dabei zwischengespeichert und erst in Zeiten mit Energiemangel in Strom und Wärme umgewandelt. Hierdurch kann die wetterbedingt schwankende Einspeisung aus Windkraft und Photovoltaik zumindest etwas ausgeglichen werden.

Die Verwertung eigens produzierter Energiepflanzen sollte hingegen nicht weiter ausgebaut werden, da dies in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion steht und zumeist eine schlechte, bisweilen negative Energiebilanz aufweist. Zudem sind bei der Produktion von Biomasse Monokulturen zu verhindern.

In der Photovoltaik sehen wir die Chance, verbrauchernahe, dezentrale Erzeugerstrukturen aufzubauen und dadurch die Notwendigkeit für einen teuren Netzausbau zu begrenzen. Der Ausbau der Photovoltaik soll vorrangig auf bereits vorhandenen Dächern sowie auf Konversionsflächen, wie etwa ehemaligen Tagebauflächen, erfolgen, damit der zusätzliche Flächenverbrauch minimiert wird.

Bei der Rekultivierung der Tagebaue sind zukünftig gezielt Flächen für die Photovoltaik vorzusehen. Bei diesen Flächen kann auf eine aufwendige Urbarmachung für den Ackerbau verzichtet werden. Mit begrenztem Mutterboden für den Ackerbau nutzbar gemachte ehemalige Tagebauflächen sind dagegen zu wertvoll, um sie anschließend zur Photovoltaikfläche umzuwidmen. Landwirtschaftliche Nutzflächen mit hoher Fruchtbarkeit dürfen nicht für Photovoltaik in Anspruch genommen werden. Dazu sind entsprechende Anreize zu setzen.



Kommunen sollen mit ihren kommunalen Gebäuden eine Vorreiterrolle bei der Dach-Photovoltaik übernehmen. Hierfür müssen sie vom Land finanziell dazu befähigt werden, solche Projekte umzusetzen. Geeignete kommunale Dachflächen müssen auch bei finanziellen Problemen der Kommune, wie etwa Haushaltssperren, mit Photovoltaik ausgerüstet werden können.

Sobald in Brandenburg und Berlin in Summe bei Photovoltaik eine installierte Nennleistung von 10.000 Megawatt Peak (MWp) erreicht wird, sollte das Land jede Förderung einstellen und den weiteren Ausbau stoppen. Der Bedarf an Elektroenergie in Brandenburg und Berlin liegt tagsüber bei nur etwa 4.500 MW. Dies verhindert massive Überkapazitäten und die damit verbundenen Kosten, wie etwa Entschädigungszahlungen nach EEG bei Zwangsabschaltung oder Kosten für übermäßigen Netzausbau.

Wir akzeptieren die fortgesetzte Verstromung der Braunkohle in Brandenburg bis 2038, um die Energieversorgung der Region sicherzustellen. Einen vorzeitigen Ausstieg bis 2030 halten wir für unrealistisch. Die Nutzung der Braunkohle zur Energieerzeugung soll langsam und sozialverträglich reduziert werden. Die Genehmigung neuer Abbaufelder wird durch die kontinuierliche Reduktion des Braunkohleverbrauchs auf lange Sicht nicht notwendig werden. Der Schwerpunkt der Nutzung der Braunkohle soll sich dabei auf die Nutzung als chemischer Rohstoff in der chemischen Industrie verschieben. Damit kann trotz reduzierter Abbaumengen die Wertschöpfung in der Lausitz erhalten werden. An die lange Tradition der Braunkohleveredelung und Braunkohlechemie in der Lausitz wird unter neuen Rahmenbedingungen angeknüpft, indem die stoffliche Nutzung zunehmend in den Vordergrund tritt. In der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Bergakademie Freiberg sollen die wissenschaftlich-technischen und technologischen Voraussetzungen für die stoffliche Nutzung der Braunkohle weiter erforscht werden.

Aufgrund der hohen Kosten und der möglichen Gefahren für die Umwelt lehnen wir die zwischenzeitliche Einführung einer CO₂-Verpressung in tiefe Gesteinsschichten des Erdreichs ab.

Zur Abfederung der jahreszeitlich, tageszeitlich und witterungsbedingt stark schwankenden Einspeisungen aus Windkraft und Photovoltaik ist der Bau von grund- und mittellastfähigen Gaskraftwerken mit einer Nennleistung von insgesamt 4.000 MW voranzutreiben. Aufgrund der Braunkohlekraftwerke bestehen in der Lausitz erhebliche Stromleitungskapazitäten und ein vorhandenes Fachpersonal für den Betrieb von Kraftwerken. Zudem bestehen dort große Fernwärmenetze, um Abwärme sinnvoll zu verwerten. Wir wollen daher die Lausitz als Energieregion langfristig erhalten und als Standort für Gas- und Dampf-Kraftwerke fördern. Hierdurch wird auch der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung sozial abgedeckt.

Kleinere Kraftwerke sollen in Brandenburg jedoch auch in anderen Standorten entstehen, um ihre Abwärme in nahegelegene Fernwärmenetze einspeisen zu können. Bei allen neugebauten Gaskraftwerken ist die Möglichkeit zum Umstieg auf Wasserstoff einzuplanen. Ein solcher Umstieg soll jedoch nur erfolgen, wenn Wasserstoff zu vertretbaren Preisen verfügbar wird.

BVB / FREIE WÄHLER lehnt eine subventionierte Massenerzeugung von Wasserstoff in Brandenburg ab. Die hierfür erforderliche Energie ist im Land Brandenburg entweder stark subventioniert (Windkraft, Photovoltaik), teuer importiert (Erdgas) oder umweltschädlich (Braunkohle). Die energieintensive Produktion von Wasserstoff, bei der ein Großteil der eingesetzten Energie verloren geht, macht an einem solchen Standort volkswirtschaftlich und ökologisch keinen Sinn. Wir befürworten bei ausreichend gesunkenen Preisen aber den Import von Wasserstoff aus Regionen mit besseren Voraussetzungen zur Energieerzeugung.

BVB / FREIE WÄHLER setzt sich für den Ausbau der Energieagentur des Landes ein. Die Energieagentur kann wichtige Aufgaben bei der Umsetzung der Energiestrategie und die Entwicklung eines Masterplans Energietechnik übernehmen.



Die Integration oft schwankender erneuerbarer Energieformen ist durch Digitalisierung und Vernetzung mit Reservekraftwerken voranzutreiben.

Zudem muss das Land die Forschung an möglichen Speichertechnologien fördern. Aktuell sind außer Pumpspeicherwerken keine Speichertechnologien verfügbar, die zu vertretbaren Kosten und unter vertretbarem Wirkungsgrad die wetterbedingt volatile Einspeisung aus Windkraft und Photovoltaik ausgleichen könnten. Ein kurzfristiger Durchbruch ist nicht zu erwarten, da es dafür bisher keine physikalischen, chemischen, biologischen oder sonstigen Wirkprinzipien gibt. Die Technologien müssen im Rahmen einer gesamtstaatlichen Grundlagenforschung erst gefunden werden, um danach zur industriell verwertbaren Reife entwickelt werden zu können. Dazu soll die Landesregierung eine Bundesratsinitiative ergreifen. Bei Sicherstellung der Finanzierung sollte die Forschung an Speichertechnologien zu einem der Schwerpunkte der Universitäten und Hochschulen Brandenburgs gemacht werden.

Das Land Brandenburg muss sich zudem noch stärker den Energieeffizienztechnologien zuwenden. Jede Kilowattstunde, die nicht verloren geht oder nicht verbraucht werden muss, muss auch nicht erzeugt werden. Das Land soll daher die Entwicklung und den Einsatz von Technologien zur Verbesserung der Energieeffizienz fördern.

Die Energieversorger, wie kommunale Stadtwerke, müssen auch durch ihre Preisgestaltung die Energieeffizienz und -einsparung fördern. Mehrverbrauch von Energie und Brennstoffen darf nicht per se durch Erlass von Umlagen oder Steuern belohnt werden. Regelungen, bei denen Großverbraucher ab bestimmten Größen begünstigt werden, ohne dass sie branchenbedingt einen höheren Energieverbrauch haben, lehnen wir ab. Solche Regelungen sind nicht nur ungerecht, sie stellen auch Fehlanreize dar. Wenn Umlagen, Entgelte und steuerliche Belastung von Energie sinken oder wegfallen, dann muss dies für alle Verbraucher gelten.

BVB / FREIE WÄHLER lehnt die Einführung von Fracking als Fortsetzung der Erdgas- bzw. Erdölgewinnung strikt ab, solange kein Nachweis erfolgt, dass diese Technologie umweltverträglich ist.

7. Landwirtschaft, Tierhaltung und Tierschutz / Forstwirtschaft und Jagd / Angeln und Fischereiwirtschaft / Gartenbau und Kleingartenwesen / Imkerei und Insektenschutz

Die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie die anderen Formen der regionalen Landnutzung erzeugen hochwertige Lebensmittel, Baustoffe und Energieträger. Sie schaffen Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum und tragen wesentlich zur Versorgungssicherheit der Region Brandenburg und Berlin bei. Die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Brandenburger Kulturlandschaft erspart klimaschädliche Importe mit langen Transportwegen aus Ländern mit geringeren Tierschutz- und Umweltstandards. Sie schützt die Natur und fördert die Artenvielfalt. Das verdient Anerkennung und Respekt. Daher setzt sich BVB / FREIE WÄHLER für politische Rahmenbedingungen ein, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken sowie das ehrenamtliche Engagement von Jägern, Anglern, Imkern und Kleingärtnern unterstützen. Durch Information und Aufklärung werden wir die gesellschaftliche Akzeptanz der regionalen Landnutzung erhöhen. Rechtliche Vorgaben werden wir auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und rationaler Überlegungen anpassen.

Um die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Kulturlandschaft im Einklang mit Wissenschaft und Forschung weiterentwickeln zu können und den Berufsnachwuchs zu fördern, werden wir die Forschungs- und Ausbildungslandschaft im Bereich der zukunftsfähigen Landnutzung ausbauen. Die entsprechenden Ausbildungsstätten, Lehr- und Versuchsanstalten und Institute werden wir unterstützen. Wir setzen uns dafür



ein, dass Grundkenntnisse über die Landwirtschaft und die anderen Bewirtschaftungsformen in Verbindung mit den Naturkreisläufen bereits in Kitas und Schulen vermittelt werden.

7.1. Landwirtschaft, Tierhaltung und Tierschutz

Unseren Brandenburger Bauern verdanken wir hochwertige Lebensmittel und eine artenreiche Kulturlandschaft. Ideologische Angriffe auf die Landwirtschaft weisen wir zurück. Landwirtschaftliche Betriebe schaffen nicht nur wertvolle Arbeitsplätze im ländlichen Raum, sondern sie stellen auch eine wesentliche Säule im sozialen und kulturellen Leben auf dem Land dar. Hieraus ergibt sich die Erhöhung des Selbstversorgungsgrades mit Lebensmitteln aus heimischer Produktion als politische Zielstellung. Denn der Selbstversorgungsgrad ist nicht nur ein Maßstab für die sichere Versorgung der Bevölkerung mit regionalen Lebensmitteln, sondern auch für die Stabilität der ländlichen Strukturen.

Daher gilt es, unabhängig von der Bewirtschaftungsform die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln zu fördern. Geeignete Maßnahmen hierbei sind die Senkung der Mehrwertsteuer für regionale Lebensmittel, eine eindeutige Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln sowie die Flexibilisierung der Auflagen für Direktvermarktungsbetriebe. Wir wollen erreichen, dass Kita-, Schul-, Verwaltungs- und Betriebskantinen vorrangig Speisen aus regionalen und saisonalen Lebensmitteln anbieten. Dabei soll stets die Wahlmöglichkeit zwischen veganen bzw. vegetarischen Speisen und Fleischgerichten bestehen, ohne Verbote und Bevormundung. Um über ausreichend Flächen für die Lebensmittelproduktion zu verfügen, muss das Land den zu Lasten der Landwirtschaft gehenden Flächenverbrauch reduzieren und bei der Landvergabe ortsansässige Landwirte unterstützen. Wir sind gegen pauschale Flächenstilllegungen. Eingriffe in die Produktion, zum Beispiel zur Förderung von Natur- und Artenschutz, müssen auf das notwendige Maß beschränkt und dadurch entstehende wirtschaftliche Einbußen für die Betriebe ausgeglichen werden. Bei Landschafts- und Naturschutzgebieten sind die Bestimmungen der Schutzgebietsverordnungen regelmäßig zu evaluieren. Sofern verordnete Bewirtschaftungseinschränkungen nicht mehr erforderlich sind, müssen sie angepasst werden.

Wir stehen für eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer nachwachsenden Ressourcen durch moderne, wettbewerbsfähige Landwirtschaftsbetriebe in einer am marktwirtschaftlichen Bedarf ausgerichteten Kombination aus konventionellem und ökologischem Landbau ohne Abhängigkeiten von EU-Ausgleichszahlungen. Um die Zukunft unserer heimischen Landwirtschaft und des regionalen Ernährungshandwerks zu sichern, wollen wir den Bürokratieaufwand in der landwirtschaftlichen Produktion reduzieren und die Bewirtschaftungsauflagen für Landnutzer an EU-Standards anpassen, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe zu erhalten bzw. wiederherzustellen.

Innovationen sind aktiv zu fördern, um durch höhere Wertschöpfung mittelfristige Lohnsteigerungen in der Landwirtschaft sowie dem nachgelagerten Weiterverarbeitungs- und Vermarktungsgewerbe zu ermöglichen und damit deren Betrieb perspektivisch sicherzustellen. Keine andere Branche wird durch gesetzliche Vorgaben so stark reguliert wie die Landwirtschaft. Dafür braucht es einen Ausgleich bei der Risikovorsorge in Form von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen bei nicht durch den Landwirt verschuldeten Ertrags- bzw. Einnahmeausfällen. Dazu zählen für uns auch unbürokratische Genehmigungsverfahren und Kreditvergaben bei der Schaffung von neuen Geschäftszweigen sowie eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage. Mittelfristiges Ziel sollte es sein, den Landwirten wieder mehr unternehmerische Freiheiten zu ermöglichen. Weiterhin muss die land- und forstwirtschaftliche Produktion durch Abnahmeverträge sowie den Aufbau weiterer Wertschöpfungsketten besser abgesichert werden.

Beratung und Kontrolle von landwirtschaftlichen Betrieben müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Wir werden unseren Beitrag leisten, die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) im Sinne unserer bäuerlichen Mittelstandsbetriebe weiterzuentwickeln. Zugleich dürfen die bestehenden Agrarstrukturen in



Brandenburg nicht benachteiligt werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die KFZ-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Nutzfahrzeuge zu erhalten und die vollständige Steuerbefreiung von Agrardiesel einzuführen.

Wir setzen uns für eine praxistaugliche Düngeverordnung ein. Die Ausweisung von „roten Gebieten“ muss nach dem Verursacherprinzip erfolgen, um wasserschonend wirtschaftende Betriebe von zusätzlichen Auflagen zu befreien. Pauschale Bewirtschaftungsverbote auf landwirtschaftlichen Flächen ohne Berücksichtigung der Düngebilanz lehnen wir ab. Daher gilt es, die Messungen von Nitrat im Grundwasser und in Oberflächengewässern auszubauen und zu präzisieren. Gleichzeitig werden wir die Entwicklung innovativer Düngetechniken gezielt unterstützen. Pflanzenschutzmittel dürfen nur im absolut notwendigen und fachlich gebotenen Umfang eingesetzt werden. Das Land muss die Landwirte hierbei unterstützen. Angesichts der Effekte des Klimawandels kommt der Pflanzenschutz eine große Bedeutung zu. Die wissenschaftlich fundierte Suche nach klimaangepassten Sorten muss unterstützt werden. Patente auf gezüchtete Pflanzensorten, deren Samen oder auch Tiere lehnen wir ab. Auch den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen lehnen wir so lange ab, bis gesicherte Erkenntnisse eine objektive Risikoabschätzung erlauben und auf deren Basis ein für Mensch, Flora und Fauna unschädlicher Anbau erfolgen kann. Die Monopolbildung durch Saatzuchtkonzerne kann nur verhindert werden, wenn die Gentechnik durch öffentliche Universitäten weiterentwickelt und kontrolliert wird. Dazu müssen entsprechend ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Tierhaltungsbetriebe leisten einen unentbehrlichen Beitrag zur nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Daher wollen wir die artgerechte und regional verträgliche Haltung von landwirtschaftlichen Nutztieren fördern. So wollen wir den rückläufigen Trend bei der Anzahl der Großvieheinheiten pro Hektar umkehren. Eine artgerechte, ethisch verantwortungsvolle Haltung von Nutztieren muss in der EU einheitlich geregelt sein. Der Respekt vor dem Lebensmittel liefernden Tier beginnt mit seiner Geburt und reicht bis zur Schlachtung. Wir setzen uns hierbei für Abbau und Ausgleich von Wettbewerbsverzerrungen ein. Lebensmittel, die in die EU importiert werden, müssen nach den gleichen Standards hergestellt werden, die wir von unseren heimischen Landwirtschaftsbetrieben verlangen. Außerdem muss die Umsetzung der tierschutzrechtlichen Vorgaben auch für kleinere Landwirtschaftsbetriebe zumutbar sein, denn monopolistische Strukturen in der Landwirtschaft lehnen wir ab. Vielmehr werden wir die Landwirtschaftsbetriebe unabhängig von Betriebsgröße und Bewirtschaftungsform in ihrem Bestreben nach mehr Tierwohl unterstützen. Weite Tiertransporte müssen auf das unvermeidbare Maß reduziert werden. Stallungsnah und mobile Schlachtungen werden wir im Sinne des Tierschutzes und der Lebensmittelqualität fördern. Um weiterhin naturnahe Landnutzung durch extensive Tierhaltungsformen, wie zum Beispiel der Weidetierhaltung, zu ermöglichen, werden wir den Schutz unserer Haustierbestände vor Raubtieren intensivieren. Deshalb setzen wir uns für eine Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht ein.

Pferdezucht und Pferdesport sind in Brandenburg Kulturgut, Wirtschaftsfaktor und aktive Jugendarbeit zugleich. Daher werden wir das Haupt- und Landgestüt in Neustadt (Dosse), die Rennbahn Hoppegarten sowie die zahlreichen Reitställe und -vereine im Land unterstützen.

Die Forderung nach artgerechter Haltung gilt auch für Heim- und Hobbytiere. Hier gilt es, mehr Aufklärung zu betreiben. Ein Hundeführerschein ist anzustreben. Qualzuchten sowie illegaler Welpen- und Exotenhandel müssen unterbunden werden.

Wir setzen uns für eine auskömmliche Ausstattung von Tierschutzvereinen, Tierheimen und Wildtierpflegestationen ein. Tierversuche sind nur unter strengsten Auflagen und bei Nachweis der Notwendigkeit zuzulassen, Alternativen sind zu fördern.



7.2. Forstwirtschaft und Jagd

Um Wertschöpfung in den ländlichen Regionen Brandenburgs zu schaffen, die nachwachsende Ressource Holz intensiver als Baustoff und Energieträger nutzen zu können sowie einen Beitrag zu mehr Natur- und Artenschutz zu leisten, setzt sich BVB / FREIE WÄHLER für eine nachhaltige Forstwirtschaft ein. Nutzen und Schützen gehören auch hier zusammen. Weitere Waldstilllegungen sind nur im Einvernehmen mit den Waldbesitzern vorzunehmen. Wir werden private Waldbesitzer durch niederschwellige Informations- und Beratungsangebote sowie durch Fördermittel, die ohne Vorfinanzierung und ohne übermäßigen bürokratischen Aufwand erhältlich sein sollen, beim standortangepassten, klimastabilen Waldumbau und bei Aufforstungen unterstützen. Um unseren Wald fit für neue klimatische Herausforderungen zu machen, werden wir den Versuchsanbau von nicht-heimischen Baumarten fördern und aktuelle Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung beim Waldumbau in Brandenburg umsetzen. Neben der Naturverjüngung setzen wir auf Pflanz- und Wildschutzmaßnahmen, die durch das Land zu fördern sind. Auch die Brandenburger Baumschulen bedürfen angesichts ihrer Rolle bei der Produktion des für den Waldumbau notwendigen Pflanzenmaterials vermehrter Unterstützung. Waldbesitzerverbände und Forstdienstleister sind beim Schutz unseres Waldes für uns Partner auf Augenhöhe, die es in die Entwicklung neuer forstwirtschaftlicher Konzepte einzubeziehen gilt. Die Gründung von Forstbetriebsgemeinschaften und forstlichen Zusammenschlüssen zur Umsetzung notwendiger waldbaulicher Maßnahmen werden wir fördern. Der Landesbetrieb Forst ist strukturell und personell so aufzustellen, dass er seiner Aufgabe als Bewirtschafter unserer Landeswaldflächen gerecht werden und Präsenz in der Fläche zeigen kann. Dem Fachkräftemangel im Bereich der Forstwirtschaft werden wir durch Ausbau der Ausbildungskapazitäten begegnen. Die Bergung militärischer Altlasten, die Bekämpfung der illegalen Müllablagerung im Wald sowie die Waldbrandprävention werden wir gemeinsam mit den Waldbesitzern vorantreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass erbrachte forstwirtschaftliche Umweltleistungen angemessen honoriert werden. Für verordnete Bewirtschaftungseinschränkungen müssen Waldbesitzer einen finanziellen Ausgleich erhalten.

Neben der Erzeugung von Wildbret als hochwertigem und nachhaltigem Lebensmittel bietet die jagdliche Bewirtschaftung unserer Wildbestände die einzige Möglichkeit, durch menschliche Einflüsse verursachte Verschiebungen im Artengefüge in unserer Kulturlandschaft auszugleichen. Angesichts des reichlichen Nahrungsangebots durch land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Produktion sowie weiterer menschengemachter Einflüsse profitieren verschiedene Tierarten, während andere dadurch direkt oder indirekt unter Druck geraten. Deshalb unterstützen wir das vorrangig ehrenamtliche Engagement der Jägerschaft bei der Bewirtschaftung und Regulierung der Wildbestände. Neben der Vermeidung von Wildschäden in der Land- und Forstwirtschaft geht es uns dabei auch um den Schutz von gefährdeten Arten sowie um die Absicherung des dringend notwendigen Waldumbaus. Wir wollen die Jäger bei ihrer wertvollen Arbeit unterstützen und die gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd erhalten, ohne gravierende Änderungen im bewährten Jagdrecht vorzunehmen.

7.3. Angeln und Fischereiwirtschaft

Die großen Fischbestände in den zahlreichen Seen und Flüssen im Land Brandenburg bieten Erwerbsfischern eine Existenzgrundlage und Anglern die Möglichkeit zur Selbstversorgung bei gleichzeitiger Erholung in der Natur. Die nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung der nachwachsenden Ressource Fisch liegt in unser aller Interesse. Deshalb will BVB / FREIE WÄHLER die Gewässer vor schädigenden Einflüssen bewahren, die Zukunft des Berufsstandes sichern und den Anglern weiterhin die Ausübung ihres Hobbys im Einklang mit der Natur ermöglichen. Die teils seit Jahrhunderten betriebene Teichwirtschaft liefert ebenfalls frischen Fisch aus der Region und bietet in den Teichlandschaften gleichzeitig vielen geschützten Tier- und Pflanzenarten einen wertvollen Lebensraum. Auch diese Form der nachhaltigen Bewirtschaftung unserer Kulturlandschaft wollen wir unterstützen und zukunftssicher machen. Das Fischsterben an der Oder im Sommer 2022 hat sehr deutlich die Risiken menschengemachter Einflüsse auf unsere Gewässer und deren zunehmenden Stellenwert angesichts



der Folgen des Klimawandels gezeigt. Wir werden deshalb gemeinsam mit Angler- und Fischereiverband sowie Wissenschaftlern den Gewässer- und Fischartenschutz stärker priorisieren, um eine Wiederholung bzw. die Ausweitung derartiger Schadensereignisse auf andere Gewässer effektiv zu verhindern.

7.4. Gartenbau und Kleingartenwesen

Auch im Bereich des Gartenbaus gilt es, den Selbstversorgungsgrad mit regional erzeugtem Obst und Gemüse sowie Zierpflanzen aus heimischem Anbau zu erhöhen. Die Förderungen für Bewässerungsanlagen sowie Wärmespeicherungen der Gewächshäuser und die Bereitstellung von nutzbaren Flächen erachtet BVB / FREIE WÄHLER hierbei als zielführende Maßnahmen. Die Verarbeitung und Vermarktung der Gartenbauprodukte und die damit einhergehende Schaffung von regionalen Wertschöpfungsketten sollen zukünftig intensiver im Fokus politischer Entscheidungen stehen. Wir setzen uns für die Fortführung der Landesgartenschau ein.

Neben der Sicherung von öffentlichem Grün in unseren Gemeinden leistet das Kleingartenwesen auch einen unverzichtbaren Beitrag zum Natur- und Artenschutz und bereichert unser Sozialleben. Für eine geringe Pacht ist es auch Menschen mit eingeschränkten finanziellen Mitteln, zum Beispiel Senioren, jungen Familien und Alleinerziehenden, möglich, einen Garten zu betreiben. Dieses wertvolle Engagement der Kleingartenvereine wollen wir weiter durch Förderprogramme und die Anregung von kommunalen Kleingartenentwicklungskonzepten bei der Stadtentwicklung stärken.

7.5. Imkerei und Insektenschutz

Um die wertvolle Arbeit der Brandenburger Imker zu unterstützen, setzt sich BVB / FREIE WÄHLER für eine Beibehaltung der Neuumkerförderung sowie eine auskömmliche Ausstattung des Etats für Honiguntersuchungen ein. Darüber wollen wir gemeinsam mit den Bieneninstituten und Belegstellen die Bekämpfung der Varrose in den Bienenvölkern vorantreiben. Um die Populationen von Honigbienen, aber auch Wildbienen und anderen Insekten, zu erhalten und zu vergrößern, brauchen wir mehr Insektenhotels mit Vollverpflegung im Land Brandenburg. Daher gilt es, Blühflächen mit geeigneten Futterpflanzen zu schaffen. Die Ansaat und Pflege der Insektenfutterflächen muss als erbrachte Umweltschutzleistung unserer Landwirte honoriert und das Umbruchsgebot aufgehoben werden, um die Insektenversorgung langfristig sicherzustellen. Des Weiteren gilt es, zum Schutz der Insekten unsere Kommunen bei der Umwandlung von städtischem Grün bzw. Grau in städtisches Bunt durch die Anpflanzung und Aussaat heimischer Sträucher, Stauden und Wiesenblumen und die Förderung von begrünten Dächern und Fassaden von Gebäuden sowie bei der Reduzierung der Lichtverschmutzung zu unterstützen.

8. Umwelt, Klima- und Naturschutz

Umweltschutz ist Zukunftssicherung und geht uns alle an. Unser Klima, unsere Natur und unseren Wohlstand zu schützen und unsere Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zu sichern, verlangt intelligente Lösungen, keine Ideologie. Daher wird BVB / FREIE WÄHLER bei allen politischen Entscheidungen ein besonderes Augenmerk auf die Verringerung von Treibhausgasemissionen, die Erhaltung von Kohlenstoffsenken im Sinne eines effektiven Klimaschutzes, die Bewahrung der Ökosysteme und Lebensräume sowie die Förderung der Artenvielfalt durch sinnvolle Maßnahmen des Naturschutzes legen. In diesem Zusammenhang werden wir auch den Aspekt der Nachhaltigkeit im Umgang mit unseren Ressourcen im Blick behalten. Bei der Umsetzung von mehr Klimaschutz stehen vor allem Energieerzeugung, Gebäudebau, Gebäudesanierung und Mobilität im Vordergrund. Die Wälder – unsere natürliche Lunge – wollen wir durch nachhaltige Bewirtschaftung und Wiederaufforstungen erhalten. Gewässer und Grundwasserkörper wollen wir als Lebensgrundlage besser schützen. Die Reduktion des Plastikmülls, die Wiederverwendung und Verwertung von Produkten und



Materialien im Sinne einer nachhaltigen Abfallwirtschaft sowie ein verantwortungsvoller Konsum und die Eindämmung der Lebensmittelverschwendung sind für uns weitere wichtige politische Zielstellungen.

Ein hoher Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsgütern aus heimischer Produktion ist für BVB / FREIE WÄHLER wichtig. Durch die Schaffung einer effizienten Kreislaufwirtschaft, die Vermeidung von langen Transportwegen und die Ermöglichung von transparenten Produktionsprozessen unter hohen Tierschutz- und Umweltstandards werden wir zugleich einen weiteren Beitrag zum Klima- und Naturschutz leisten. Integrativer Naturschutz, das heißt die nachhaltige, regionale Landnutzung im Einklang mit der Natur, ist unser Ziel. Daher gilt es, zum Beispiel extensive Weidetierhaltungen, naturnahe Teichwirtschaften, Streuobstwiesen und Agroforstsysteme durch optimale politische Rahmenbedingungen und die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zu fördern.

Die Ausweisung reiner Wildnisgebiete sollte sich auf ehemalige Truppenübungsplätze und Bergbaufolgelandschaften sowie etablierte Naturschutzflächen, wie zum Beispiel die Döberitzer Heide der Heinz-Sielmann-Stiftung, beschränken. Viele kleine Trittsteine in der Fläche, von denen aus sich die Arten in die Kulturlandschaft ausbreiten könnten, sind wirkungsvoller als wenige exklusive Zonen. Die Erfahrungen der Forschung im dazu an der BTU Cottbus-Senftenberg etablierten Studiengang sind in diesem Zusammenhang zu nutzen. Alle Lebensmittel, Bau- und Industriestoffe, die wir in der Region erzeugen und damit nicht importieren müssen, leisten einen Beitrag für mehr Nachhaltigkeit und sind wertvoll für den Umweltschutz. Klima- und Naturschutz kann dauerhaft nur gemeinsam mit den Akteuren der regionalen Landnutzung gelingen. Daher muss die Formulierung und Umsetzung der Wiederherstellungspläne gemäß der EU-Renaturierungsverordnung mit Besonnenheit und im engen Austausch mit den Betroffenen erfolgen. Denn die Fehler, die bei der Umsetzung von NATURA 2000 in der Kommunikation mit den Menschen vor Ort gemacht wurden, dürfen sich nicht wiederholen. Ansonsten drohen weiterer Akzeptanzverlust von politischen Entscheidungen. Auch bei der Wiedervernässung von Mooren setzen wir deshalb im Umgang mit den betroffenen Landeigentümern und -bewirtschaftern auf freiwillige Kooperation statt auf angeordnete Verbote.

Lebensräume für die heimische Flora und Fauna sind auch in Siedlungsgebieten zu schützen. Kommunen sind daher bei der ökologischen Aufwertung von öffentlichen Parks und Grünanlagen zu unterstützen. In diesem Zusammenhang muss auch die Information und Beratung der privaten Gartenbesitzer vorangetrieben werden.

Brandenburgs Natur ist zum größten Teil eine seit Jahrhunderten gewachsene Kulturlandschaft mit großer Artenvielfalt. In einem weitläufigen Mosaik aus Wäldern, Flüssen, Seen und Teichen, Ackerflächen und ausgedehnten Wiesen tummelt sich das Leben und fasziniert Einheimische wie Touristen gleichermaßen. Für uns ist der Mensch ein Teil der Natur und wir setzen uns für den Erhalt der für Menschen erlebbaren, artenreichen Naturräume ein. Die Fläche der ausgewiesenen Schutzgebiete Brandenburgs bedeckt mehr als ein Viertel der Landesfläche. Der Natur- und Artenschutz in Brandenburg ist eine Erfolgsgeschichte. Einst gefährdete Arten wie Kranich, Fischotter, Biber, Wolf oder Seeadler fühlen sich inzwischen hier zuhause und sind längst keine Seltenheit mehr. Andere Arten, wie zum Beispiel die Großtrappe, der Lachs oder die Europäische Sumpfschildkröte, leben ebenfalls in Brandenburg, gelten aber trotz intensiver Schutzbemühungen noch als gefährdet. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Deshalb wird BVB / FREIE WÄHLER den Fokus im Natur- und Artenschutz zukünftig auf den Schutz und die Rettung der seltenen, noch immer gefährdeten Arten sowie ihrer Lebensräume ausrichten. Dabei werden wir die Bewirtschafter unserer Kulturlandschaft, also Landwirte, Waldbesitzer, Fischer, Jäger, Angler, Teichwirte, Imker und viele andere, als wichtige Partner einbeziehen. Statt Ideologien und Feindbildern suchen wir den Dialog auf Augenhöhe. Gesunder Menschenverstand und rationale Überlegungen werden bei der gemeinsamen Suche nach Wegen zum Schutz der Artenvielfalt unsere Richtschnur sein. Der Gefährdung geschützter Arten durch zügellosen Windkraftausbau muss daher konsequent begegnet werden.



Bei bestimmten Arten, wie dem Biber, dem Wolf oder dem Kormoran, setzen wir uns für ein Umdenken ein. Denn diese Arten sind längst nicht mehr gefährdet, stehen aber weiterhin unter strengem bzw. besonderem Schutz. Gleichzeitig wendet das Land Brandenburg jährlich siebenstellige Beträge zur Eindämmung und zum teilweisen Ausgleich der von diesen Arten verursachten wirtschaftlichen Schäden auf. Dennoch geraten auch ökologisch wichtige Bewirtschaftungsformen, wie die extensive Weidehaltung oder die Karpfenteichwirtschaft, in ernste Schwierigkeiten, weil Wölfe die empfohlenen Herdenschutzmaßnahmen überwinden, Biber Teichdämme brechen lassen und Kormorane die Fischbestände drastisch dezimieren. Deshalb machen wir uns bei diesen Arten für eine Änderung des jeweiligen Schutzstatus stark, um zukünftig auch über eine Bestandsregulierung die Bemühungen um die notwendige Reduzierung der Schäden flankieren zu können.

Um Flächen für integrativen Naturschutz zu erhalten bzw. hinzuzugewinnen, bedarf es eines sorgsameren Umgangs mit Baugrund und Gewerbeflächen. Um den Flächenverbrauch zu begrenzen, braucht es mehr kombinierte Nutzung von Baugrund, „Höhe statt Breite“ bei Gebäudeerweiterungen und Neubauten sowie die Reaktivierung von Leerstand und Gewerbebrachen.

Wasser ist ein besonders schützenswertes Gut. Unsere Wasserversorgung ist die Grundlage für unseren Lebensstandard und muss in allen Bereichen gesichert werden. Um dem Wassermangel in Brandenburg und den Zielkonflikten bei der Wasserverteilung entgegenzuwirken, muss die Grundwasserneubildung, zum Beispiel durch Flächenentsiegelungen und dezentralen Wasserrückhalt in Kommunen und in der Landschaft, vermehrt in den Fokus politischer Entscheidungen genommen werden. Außerdem gilt es, Maßnahmen zur Wassereinsparung, zum Beispiel Regen-statt-Trinkwasser für die Toilettenspülung, zu fördern. Die Reinigungsstufe 4 der Wasseraufbereitung (Herausfiltern von Spurenstoffen, wie Medikamentenresten) soll mittelfristig in allen Kläranlagen Brandenburgs eingeführt werden. Wir wollen die Wasserver- und Abwasserentsorgung der Brandenburger Haushalte zu bezahlbaren Preisen durch zukunftsfähige Strukturen im Bereich der kommunalen Wasser- und Abwasserwirtschaft sichern. Die Abgabenlast für die Gewässerunterhaltung durch Wasser- und Bodenverbände werden wir verursachergerecht verteilen. Der Wasserhaushalt in der Lausitz ist durch den Kohleabbau stark beeinträchtigt und muss schnellstmöglich stabilisiert werden, um unter anderem die Wasserversorgung der Hauptstadtregion zu sichern und den Spreewald als einzigartige Kulturlandschaft zu bewahren. Zur Sicherstellung einer ausreichenden Wasserwirtschaft muss das Land die Zweckverbände beim Austausch der Wassermengenbereitstellung unterstützen. Hierzu sind entsprechende Leitungskapazitäten zu schaffen.

8.1. Gewässerschutz

Der Ausgleich der verschiedenen Ansprüche an den Wasserhaushalt durch die fortschreitende wirtschaftliche und touristische Entwicklung in Brandenburg und die Gefahren durch Hochwasser, Abwasserbelastung und Landwirtschaft ergeben die Verantwortung des Landes für einen umfassenden Umwelt- und Gewässerschutz.

Alle Gewässer sind so zu behandeln und zu bewirtschaften, dass sie sowohl zum Wohl der Allgemeinheit als auch dem Nutzen des Einzelnen dienen. Jede vermeidbare Beeinträchtigung hat zu unterbleiben. Die gewissenhafte Überwachung und Regulierung der Gewässer und des Grundwassers sowie umfangreiche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr unterschiedlicher Art müssen unsere Ziele sein.

Zum Erhalt der Kulturlandschaften, Schutz der Siedlungsflächen und landwirtschaftlichen Nutzflächen vor zu hohen Grundwasserständen und bewusst herbeigeführten Überflutungen sowie zur Verhinderung eines weiteren Absinkens der Grundwasserstände fordert BVB / FREIE WÄHLER die Bildung eines „Landesbetriebs Wasser“ (entsprechend dem Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg) mit entsprechenden Betriebsteilen und Außenstellen für die Erledigung der hoheitlichen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge und der zentralen Finanzierung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen.



Der Landesbetrieb Wasser soll Möglichkeiten und Strukturen schaffen, die vor, während und nach Unterhaltungs-, Um- und Ausbaumaßnahmen sowie Renaturierungsmaßnahmen ein aktives Mitwirken der Bürger sowie ständige öffentliche Kontrolle gewährleisten. Er soll eine langfristige, strategische Wasserregulierung sichern, die bei Hoch- und Niedrigwasser die Kulturlandschaft, die Siedlungsfähigkeit und die wirtschaftlichen Belange der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft und des Tourismus ebenso berücksichtigt wie eine intakte und gesunde Natur. In diesem Zusammenhang streben wir die Schaffung zusätzlicher Wasserrückhaltebecken und Wasserspeicher, zum Beispiel mit dem Cottbuser Ostsee, sowie einen Baustopp in Überflutungsgebieten an.

Trinkwasservorkommen sind bei wasserintensiven Ansiedlungen von Firmen durch Erhöhung der Wasseraufbereitung im Kreislaufsystem stärker zu schützen. Alle abgeschlossenen, laufenden und beabsichtigten Renaturierungs- und Gewässerumbaumaßnahmen sind auf Rechtmäßigkeit und Umweltverträglichkeit zu prüfen. Bei Rechtswidrigkeit bzw. Rechtsverletzungen ist der Ausgangszustand wiederherzustellen. Wir fordern die Anwendung des Verursacher-Prinzips für Wasserverluste in den Seen rund um die Braunkohletagebaue, um einen weiteren Rückgang des Wassers zu verhindern.

Die Regulierung des Biberbestands darf sich nicht nur auf Deiche, Fischteiche und Verkehrswege beschränken, sondern muss auch die Be- und Entwässerungsgräben und -anlagen einbeziehen, da es durch die inzwischen flächendeckend vorhandenen Biberdämme zunehmend zu empfindlichen Störungen der Entwässerungssysteme kommt.

Zum Problem der Verockerung der südbrandenburgischen Fließgewässer (Pyritproblem) insbesondere durch die Braunkohletagebaue fordern wir Aufklärung über die Nachhaltigkeit der eingeleiteten Maßnahmen zur Schadensbegrenzung sowie Planungen für eine zeitnahe, frühzeitige Beteiligung aller Bürger und Initiativen in den einzelnen Flussabschnitten.

BVB / FREIE WÄHLER setzt sich nicht nur aus Gründen des Hochwasserschutzes für die Rückverlegung von Deichen und die Schaffung von naturnahen Überflutungsgebieten auf geeigneten Flächen entlang von Elbe und Oder ein. Hierdurch wird der Natur auch wieder mehr Platz gelassen, um artenreiche Auwälder zu bilden, die in Deutschland besonders selten sind. Sie könnten als Naherholungsgebiete genutzt werden und den Naturtourismus fördern. Für die hierfür benötigten Flächen sind die Eigentümer bzw. betroffene landwirtschaftliche Betriebe zu entschädigen.

9. Verbraucherschutz

Ein Einsatz von Antibiotika beim Lebensmittel liefernden Tier ist aus Gründen der Lebensmittelsicherheit auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Außerdem ist die Resistenzbildung für den Menschen auszuschließen.

Die Rückverfolgbarkeit der Behandlung mit Arzneimitteln, von Haltungsbedingungen und der Erfüllung von Umweltauflagen muss über die EU-Grenzen hinweg möglich sein.

Die Kontrolle von Produkten mit Bio-Siegeln ist so zu optimieren, dass ein Missbrauch ausgeschlossen werden kann. Die Vermarktung von regionalen Produkten muss von der Landes- und Bundesregierung unterstützt werden. Dabei kann den Bürgern der Vorteil marktnaher Produkte besser und nachhaltiger verdeutlicht werden. Auch an dieser Stelle ist Transparenz notwendig. Um das sicherzustellen, muss mehr Personal für intensivere Kontrollen eingesetzt werden.

Es muss eine einfache, schnell erkennbare Kennzeichnung der Lebensmittel erfolgen. Das Prinzip der Ampelkennzeichnung wird von BVB / FREIE WÄHLER unterstützt, da dadurch Informationen über Marktnähe, den direkten Hersteller, Umweltstandard, Energie-Wasser-Bilanz, Zuckergehalt, Fett, Kohlenhydrate und



Antibiotikaeinsatz kurz und übersichtlich dargestellt werden können. Die Verwendung von Texten sollte dabei vermieden werden, um die Anwenderfreundlichkeit beim Verbraucher gewährleisten zu können.

In den Schulen ist das Unterrichtsfach „Ernährung und Umwelt“ einzurichten und es ist grundsätzlich gesundes Schulessen anzubieten.

10. Wahlen, Inneres und Justiz

10.1. Wahlen und Abstimmungen

BVB / FREIE WÄHLER lehnt jegliche Einschränkungen im bestehenden Wahlrecht ab. Die Möglichkeit, Listenvereinigungen vorzunehmen und sich jenseits des etablierten Parteiensystems zu organisieren, ist uneingeschränkt zu gewährleisten.

Volksinitiativen und Volksentscheide auf Landesebene sowie Bürgerbegehren, Bürgerinitiativen und Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene sind Möglichkeiten für eine direkte Teilhabe an demokratischen Prozessen. Diese festigen das Vertrauen in die Demokratie und sind deshalb zu begrüßen.

BVB / FREIE WÄHLER befürwortet eine Ausweitung dieser direktdemokratischen Beteiligungsformen. Bisher bestehende Einschränkungen für deren thematische Zulässigkeit sind zu überprüfen und abzubauen. Zudem ist die Öffentlichkeitsarbeit zwingend für alle Stufen der Volksbeteiligung uneingeschränkt zu ermöglichen. Hierzu sind Einschränkungen in der Sondernutzung von Straßen auf kommunaler Ebene durch landesgesetzliche Regelungen zu reduzieren, zu vereinheitlichen und von Kosten freizuhalten.

10.2. Inneres

Die innere Sicherheit gehört genauso zur staatlichen Daseinsvorsorge wie der Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes.

Individuelle und soziale Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls sowie der konkrete Schutz der Bürger vor Kriminalität hat deshalb für BVB / FREIE WÄHLER höchste Priorität. Dies gilt auch für die Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die mehr denn je durch politischen und religiösen Extremismus bedroht ist.

Zugleich muss die Balance zwischen Bürgerrechten und individuellen Freiheiten auf der einen Seite und Eingriffsrechten und Präventivmaßnahmen des Staates auf der anderen Seite gewahrt werden. Dabei hat die Achtung der informationellen Selbstbestimmung für BVB / FREIE WÄHLER eine hohe Bedeutung. Dazu gehört ein umfassender Datenschutz. Die europäische Datenschutzgrundverordnung bietet eine gute Grundlage für Bürger und Verbraucher, darf aber den notwendigen Lösungen der Alltagsprobleme nicht im Wege stehen. Staatliche Überwachungsmaßnahmen ohne hinreichenden Tatverdacht müssen ausgeschlossen sein und ausgeschlossen bleiben. Online-Durchsuchungen, Videoüberwachungsmaßnahmen und die Nutzung biometrischer Daten müssen strengen rechtsstaatlichen Ansprüchen gerecht werden, Löschfristen sind zwingend zu beachten.

Die Bürger unseres Landes müssen sich jederzeit darauf verlassen können, dass die Polizei die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit garantiert. Die freiwilligen und beruflichen Feuerwehren und der Katastrophenschutz sind mit ausreichender Personalstärke sowie mit dem notwendigen Fachwissen, den erforderlichen Fahrzeugen und der modernsten technischen und persönlichen (Schutz-) Ausrüstung auszustatten, damit sie jederzeit zu einem Einsatz ausrücken können.



10.3. Polizei

BVB / FREIE WÄHLER steht zur Polizei, die tagtäglich einen körperlich und psychisch schwierigen Dienst zu verrichten hat.

Mögliches Fehlverhalten Einzelner darf nicht zu einer pauschalen Verurteilung der Polizei in Gänze führen, sondern muss in den parlamentarischen Gremien vorbehalts- und lückenlos und ohne Ansehen der Person aufgeklärt werden.

Die Personalstärke der Polizei bemisst sich nicht an den im Landeshaushalt eingestellten Personalstellen, sondern an den real besetzten Einsatzkräften.

Wir halten zur Verbesserung der Prävention und Aufklärung von Straftaten sowie zur Erhöhung der Polizeipräsenz vor Ort, vor allem an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten, in öffentlichen Verkehrsmitteln und in den Nachtstunden, sowie für kurze Reaktionszeiten im Einsatzfall einen Aufwuchs auf 8.700 verfügbare Polizisten in Brandenburg für erforderlich. Dies ist auch angesichts zunehmender Herausforderungen durch Auswirkungen internationaler politischer Ereignisse auch in Brandenburg notwendig.

Die Bereitschaft, sich für den Dienst in der Polizei zu interessieren und darauf zu bewerben, hängt nicht allein von den notwendigen persönlichen Voraussetzungen ab. Entscheidende Kriterien sind unter anderem auch der politische und gesellschaftliche Rückhalt der Polizei, Bezahlung, Arbeits- und Einsatzbedingungen, Dienstzeiten sowie die sächliche und räumliche Ausstattung.

Es sind eine Anwerbeoffensive zu starten und die notwendigen Ausbildungskapazitäten an der Polizeihochschule zu schaffen. Die Sach- und persönliche Schutzausrüstung der Beamten und der Fuhrpark der Polizei zu Wasser, zu Lande und in der Luft sind landesweit bis Ende 2027 auf den modernsten Stand zu heben.

Das Gesetz zur Polizeistrukturereform „Polizei 2020“ sowie das Standort- und Liegenschaftsprogramm für Polizeireviere, aber auch das Polizeigesetz selbst sind zu evaluieren und an die aktuellen Herausforderungen anzupassen.

BVB / FREIE WÄHLER fordert ein Pilotprojekt für „Mobile Wachen“ im Land Brandenburg.

Die landesweite Ausstattung der Polizei mit und die Ausbildung für den Einsatz von Distanz-Elektro-Impuls-Geräten (Taser) sind zu beschleunigen. Die Einsatzbeamten sind zu ihrem Schutz landesweit mit Körperkameras (Bodycams) auszustatten.

Die ehrenamtlichen örtlichen Sicherheitspartnerschaften sind finanziell zu stärken. Zudem wollen wir ein landesweites Förderprogramm auflegen, über das Eigentümer und Mieter finanziell dabei unterstützt werden, ihre Häuser und Wohnungen mittels Einbruchschutzmaßnahmen abzusichern.

10.4. Brand- und Katastrophenschutz

Über 38.000 Kameradinnen und Kameraden engagieren sich ehrenamtlich in den Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren Brandenburgs für die Sicherheit und den Schutz ihrer Mitmenschen. Daneben engagieren sich mehr als 17.600 junge Menschen in unseren Jugendfeuerwehren.

Vor allem seit den verheerenden Waldbränden der letzten Jahre erfährt der Brand- und Katastrophenschutz eine größere Bedeutung. Auch die dem Klimawandel geschuldeten Sturm- und Orkanböen, Starkregenereignisse



und zukünftig nicht auszuschließenden neuerlichen Überflutungen sind Herausforderungen, auf die sich die Träger des Brand- und Katastrophenschutzes dauerhaft einzurichten haben.

Hierfür müssen die hauptsächlich Ehrenamtlichen nicht nur exzellent ausgebildet, sondern für mögliche Einsätze auch mit modernstem technischem Gerät und der bestmöglichen persönlichen Schutzausrüstung ausgestattet sein.

BVB / FREIE WÄHLER fordert, einen zweiten Standort der Landesschule und Technischen Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE) neben dem Standort im Zossener Ortsteil Wünsdorf (Landkreis Teltow-Fläming) in der Legislaturperiode 2024-2029 in Betrieb zu nehmen.

Dem Landesfeuerwehrverband ist die benötigte finanzielle Ausstattung zur Wahrnehmung seiner wichtigen Aufgaben, wie Betreuung und Förderung der Jugendarbeit, Aus- und Fortbildung, Interessenvertretung sowie Brandschutzerziehung und -aufklärung, vollumfänglich zu gewähren.

Die jährliche Retterprämie für aktive Ehrenamtliche in den Freiwilligen Feuerwehren, im Katastrophenschutz und im Technischen Hilfswerk (THW) ist signifikant zu erhöhen. Die Modernisierung und Sanierung von Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehren in den Kommunen ist über ein Sonderprogramm voranzutreiben.

Für den Aufbau des geplanten Waldbrandkompetenzzentrums ist eine Expertenkommission einzurichten, die sich neben den fachlichen Inhalten auch um die Akquise von Fördermitteln auf der Bundes- und europäischen Ebene bemüht. Das bereits begonnene Leuchtturmprogramm zum Zivilschutz für den Katastrophenfall ist über das Brandenburg-Paket hinaus in eine angemessene Regelfinanzierung des Landeshaushalts zu überführen.

10.5. Verfassungsschutz

Dem Verfassungsschutz kommt in Zeiten der Bedrohung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch politische und religiöse Extremisten und denjenigen, die unseren Staat generell ablehnen, eine besondere Verantwortung zu.

BVB / FREIE WÄHLER sieht im Verfassungsschutz ein wirksames Frühwarn-Instrument zur gesellschaftlichen Sensibilisierung und zum Schutz von Demokratie und Rechtsstaat, ohne ihn jedoch zu glorifizieren.

Er muss alle bekannten Extremismus-Phänomene in den Blick nehmen, muss sich auf dem Boden des Grundgesetzes und des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes bewegen sowie der parlamentarischen und der gerichtlichen Kontrolle unterliegen.

10.6. Justiz

Eine effiziente und zügige Rechtsprechung ist ein wichtiger Eckpfeiler für eine funktionierende Demokratie. Das Bewusstsein für die verantwortungsvolle und umfangreiche Arbeit der dritten Staatsgewalt ist weiterhin zu schärfen. BVB / FREIE WÄHLER lehnt daher jede weitere Kürzung im Bereich der Justiz ab.

Alle Gerichtsstandorte sind zu erhalten. Der Wert kurzer Wege und der lokalen Identifikation ist auch im Bereich der Rechtsprechung, sowohl auf Seiten der Richterschaft als auch der Rechtssuchenden, nicht zu unterschätzen.

BVB / FREIE WÄHLER spricht sich weiterhin für den Erhalt der gewachsenen Landgerichtsbezirke und des Oberlandesgerichts in der Stadt Brandenburg an der Havel aus. Zudem sind die Gerichte sowohl



bei der Richterschaft als auch der nachgegliederten Rechtspflege so auszustatten, dass möglichst kurze Prozesslaufzeiten gewährleistet sind.

Die Stärkung der Gewaltenteilung ist ein wichtiges Ziel von BVB / FREIE WÄHLER. Die Rechte des Richterwahlausschusses als kontrollierendes Organ bei der Ernennung und Versetzung von Richtern sind zu stärken und nicht zu schwächen. Die Richterschaft soll sich weitgehend selbst verwalten und selbstbewusst neben der Exekutiven arbeiten können.

Insbesondere in der Strafverfolgung fordert BVB / FREIE WÄHLER eine verbesserte Personalausstattung der Staatsanwaltschaften und eine noch stärkere Spezialisierung. Die Sonderzuständigkeit der Staatsanwaltschaft Neuruppin ist um Strafverfahren wegen Untreue zu erweitern, die sich gegen kommunale Amtsträger, Angestellte und Wahlbeamte als Verdächtige richten.

Der Schutz der Bevölkerung ist für BVB / FREIE WÄHLER das höchste Gut. Der Sorge der Bevölkerung vor entweichenden Strafgefangenen ist Rechnung zu tragen. Ausführungen und Freigänge sind professionell vorzubereiten und im Zweifel ist dem Schutz der Bevölkerung Priorität beizumessen.

Die Vermögensabschöpfung nach Straftaten ist erheblich auszubauen und die Vollstreckungsquote der Einziehungsanordnungen auf Bundesschnitt zu heben.

Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher sind zukünftig ihrer Verantwortung entsprechend einzugruppieren. Die Ausbildung der Gerichtsvollzieher ist umgehend zu akademisieren und die Vollstreckung von Geldforderungen durch die Übertragung der Forderungspfändung auf die Gerichtsvollzieher zu vereinfachen.

Die fortschreitende Verschmelzung der Justizverwaltung mit dem Land Berlin lehnen wir ab. Brandenburg verfügt über eine frische Gesamtstruktur mit vielen motivierten Angestellten und Beamten. Die Justizhoheit muss schon aus rechtsstaatlichen Erwägungen im eigenen Bundesland verbleiben.

Die Digitalisierung der Rechtspflege muss mit Nachdruck vorangetrieben werden. Die elektronische Einreichung von Schriftsätzen ist auch Bürgern barrierearm zu ermöglichen. BVB / FREIE WÄHLER fordert zudem die Einführung eines elektronischen Titelregisters als Modellprojekt für Deutschland.

10.7. Medienpolitik

BVB / FREIE WÄHLER erkennt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) als wichtiges Informationsmedium für die Bevölkerung an, um Meinungsvielfalt, demokratischen Dialog und Allgemeinwissen zu stärken, und spricht sich für den Erhalt des ÖRR und seinen Programmauftrag gemäß dem Medienstaatsvertrag aus.

Als Landesrundfunkanstalt für Berlin und Brandenburg steht der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) im Mittelpunkt der medienpolitischen Ziele von BVB / FREIE WÄHLER. Aufgrund von enthüllten Korruptionsskandalen sowie durch die regelmäßige Erhöhung des Rundfunkbeitrags ohne spürbare Programmverbesserung nimmt die Akzeptanz des ÖRR in der Bevölkerung immer weiter ab. BVB / FREIE WÄHLER möchte verloren gegangenes Vertrauen in den ÖRR durch eine grundlegende Reform der Strukturen des RBB zurückgewinnen und dadurch das Ansehen des ÖRR verbessern. Im Interesse der Beitragszahler müssen Sparsamkeit, Transparenz und echte Kontrolle wieder greifen. Dies gilt es, an höchster Stelle – im RBB-Staatsvertrag – zu verankern. Hierzu legt BVB / FREIE WÄHLER seinen Fokus auf Programminhalt, Rundfunkbeitrag, Kontrollgremien und Zuschauerrechte.

Die Demokratie soll durch qualitative und neutrale Berichterstattung gestärkt werden. Hierzu sind alle politischen und gesellschaftlichen Strömungen angemessen und fair abzubilden. Regionale Vielfalt und regionale

Berichterstattung sind zu gewährleisten. Dazu müssen die aktuell vorherrschende Berlinlastigkeit überwunden und mehr Programme in, aus und über Brandenburg produziert werden.

BVB / FREIE WÄHLER lehnt eine weitere Erhöhung des Rundfunkbeitrages ab. Mäßigung, Angemessenheit und Augenmaß sind noch stärker zu beachten. Der RBB muss zu einer sparsamen Verwaltung der Rundfunkbeiträge angehalten werden und die Gehälter beim RBB sind auf das Maß des öffentlichen Dienstes zu begrenzen, auch für Führungskräfte.

Die Vorfälle der jüngsten Zeit haben systematische Probleme bei der Kontrolle des RBB zutage befördert. Die Aufsichtsgremien funktionieren nicht und die mangelnde Kontrolle hat die Verschwendung der letzten Jahre begünstigt. Die Rechtsaufsicht durch die Landesregierung muss grundsätzlich erneuert und ein echtes Kontrollsystem etabliert werden, damit die Rundfunkbeiträge sparsam eingesetzt und wirtschaftlich verwaltet werden und die Rechtsaufsicht ihre Aufgaben im Sinne der Beitragszahler ausübt.

Für eine echte Reform des ÖRR sieht BVB / FREIE WÄHLER umfassende Mitspracherechte und Kontrollmöglichkeiten durch die Bürger als wesentliche Voraussetzung an. Wir fordern, dass die Beitragszahler an der Programmgestaltung entscheidend mitwirken können. Hierzu setzt sich BVB / FREIE WÄHLER für die Bildung eines Publikumsrats als neues Aufsichtsgremium für den RBB ein, der nur aus Beitragszahlern besteht. Durch den Publikumsrat soll eine Kontrolle durch die Beitragszahler sichergestellt werden. Weitere Möglichkeiten für mehr Zuschauerrechte sind die Einführung einer Petitionssendezeit, in der sich die Bürger selbst am Programm beteiligen, und dass die Beitragszahler einen Teil ihres Beitrages gezielt einem einzelnen Sender oder einer einzelnen Sendung zuweisen können.



11. Kommunalabgaben, Haushalt und Finanzen

11.1. Kommunalabgaben

Durch strukturelle Veränderungen sind viele Kommunen in Brandenburg kaum noch in der Lage, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Wichtige Projekte beim Straßenbau und bei der Straßeninstandsetzung sowie ein schrittweiser Ausbau von Anliegerstraßen müssen realisierbar sein oder endlich wieder werden, ohne den Bürger zu belasten.

Wir setzen uns daher nachdrücklich für die Abschaffung der Erschließungsbeiträge ein. Straßen gehören zur allgemeinen Daseinsvorsorge. Güter der Allgemeinheit dürfen nicht von einigen wenigen gezahlt werden.

Zur Entwicklung einer gerechten Wasser- und Abwasserpolitik gehört auch die konsequente Umsetzung verfassungsgerichtlicher Urteile. Die in Brandenburg weit verbreitete Erhebung von sogenannten Altanschließerbeiträgen unter Missachtung der Verjährungsregeln ist aus rechtlichen und sozialen Gründen abzulehnen, was auch vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde. Daher setzt sich BVB / FREIE WÄHLER schon seit Jahren für die Beachtung der Gerichtsentscheidungen auch in Brandenburg nachhaltig ein. Die Bürger müssen ihre unrechtmäßig erhobenen Beiträge endlich zurückerstattet bekommen. Dasselbe gilt für unrechtmäßig erhobene, einseitig höhere (gespaltene) Gebühren.



Da die Landesregierung unter Verkennung der Rechtslage die Wasserverbände ermutigt hat, so zu verfahren, muss das Land hierfür aufkommen und die Zweckverbände finanziell entsprechend ausstatten. Die fortgesetzte Weigerung der Landesregierung, dies zu tun, ist nicht hinnehmbar. Wir stehen für eine lückenlose Rückzahlung aller rechtswidrig erhobenen Beiträge.

Für die Zukunft sind Modelle zu gestalten, die dem tatsächlichen Nutzen der Bürger entsprechen und den sozialen Frieden in den Kommunen wahren. Hier sollte die Abwasserentsorgung nach einem Vergleich zwischen der zentralen und der dezentralen Variante optimiert werden. Zentrale Lösungen sind tendenziell nur in Ballungsräumen und unter bestimmten Umweltschutzgesichtspunkten erforderlich. Zudem besteht bei zentralen Varianten ein Anschluss- und Benutzungszwang. Dagegen sind in ländlichen Regionen dezentrale Lösungen das Mittel der Wahl.

11.2. Haushalt

BVB / FREIE WÄHLER bekennt sich zum Ziel einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung. Die Bürger haben den berechtigten Anspruch, dass die Steuergelder sinnvoll, sorgsam und effektiv verwendet werden. Schattenhaushalte, Sondervermögen und Notlagepakete sind weitgehend zu vermeiden und dürfen keinesfalls zur Durchbrechung von Haushaltsgrundsätzen führen.

Darüber hinaus sind die finanziellen Spielräume dazu zu nutzen, die bestehende Gesamtverschuldung des Landes in Höhe von 22,3 Milliarden Euro sukzessive abzubauen.

Des Weiteren fordert BVB / FREIE WÄHLER zielgerichtete Landesinvestitionen, um Zukunftschancen zu sichern. Hierbei ist der jahrelange Rückgang der Investitionsquote des Landes Brandenburg zu stoppen. Mittelfristig halten wir eine Investitionsquote in Höhe von mindestens 12 Prozent für sinnvoll. Ferner sind die unmittelbaren und mittelbaren Landesbeteiligungen kritisch zu überprüfen. Daraus resultierende wirtschaftliche Chancen und Risiken müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Der kommunale Finanzausgleich ist zu stärken, um der chronischen strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen endlich substanziell zu begegnen. Für BVB / FREIE WÄHLER ist er die entscheidende Grundlage dafür, dass die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und kreisfreien Städte ihre Aufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung erfüllen können. Dafür streben wir mittelfristig eine Steigerung der kommunalen Beteiligung am Landesanteil der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer sowie der Umsatzsteuer an. Das Konnexitätsprinzip ist grundsätzlich zu wahren.

Bei der Erstellung der Haushaltspläne, der lang- und mittelfristigen Finanzplanungen sowie der Jahresabschlüsse fordert BVB / FREIE WÄHLER eine offenere und transparentere Informationspolitik. Die Bürger sind dabei im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsverhandlungen aktiv zu beteiligen und ihre Anregungen und Vorschläge wohlwollend zu prüfen. Auf kommunaler Ebene sollen verpflichtend Bürgerhaushalte eingeführt werden, um den Bürgern eine direkte Gestaltung und Einflussnahme zu ermöglichen und damit die Akzeptanz der Entscheidungen zu erhöhen. Eine solche Akzeptanz kann nur dann erreicht werden, wenn die Bürger auch Grundsatzentscheidungen zu großen Investitionen mit treffen können. Nach einer flächendeckenden Einführung von Bürgerhaushalten in Städten und Gemeinden sowie Landkreisen und kreisfreien Städten streben wir an, dies auch auf Landesebene durch die Entwicklung eines geeigneten Beteiligungsverfahrens zu verwirklichen.



Die den Brandenburger Kommunen seit dem Jahr 2011 vom Land verordnete doppische Haushaltsführung hat den Städten und Gemeinden sowie den Landkreisen und kreisfreien Städten viel Kraft und Mühen abverlangt. Wir halten es für befremdlich, dass das Land den eigenen Haushalt jedoch weiterhin im Rahmen des kameralistischen Regelwerks erstellt, gleichzeitig jedoch die Vorzüge der Doppik immer wieder offensiv vertritt. Wir lehnen es ab, dass auf Landes- und Kommunalebene unterschiedliche Haushaltskonzepte zur Anwendung kommen. Wir fordern eine vorbehaltlose Überprüfung der kommunalen Erfahrungen mit der doppischen Haushaltserstellung, insbesondere hinsichtlich der damit ursprünglich angestrebten Vorteile. Im Falle der Beibehaltung derselben sollte diese auch für die Erstellung des Landeshaushalts verbindlich werden.

12. Europa

In der Präambel der Landesverfassung bekennt sich Brandenburg zu einem geeinten Europa. Dies ist dem Wissen und der Überzeugung geschuldet, dass sich die Herausforderungen der Zukunft im Zeichen einer zunehmenden wirtschaftlichen Globalisierung gemeinsam besser lösen lassen.

Mit rund 440 Millionen Verbrauchern und 24 Millionen Unternehmen sowie einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von rund 14 Billionen Euro (2021) gehört der Europäische Binnenmarkt, in dem der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen gewährleistet ist, zu den größten Volkswirtschaften der Welt.

Die Potenziale und Chancen liegen für Brandenburg auf der Hand. So profitiert unser Bundesland beispielsweise im Bereich der grenzübergreifenden, interregionalen und transnationalen Zusammenarbeit über die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds), den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Sozialfonds (ESF), den Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER) oder den Just Transition Fund (JTF). Brandenburg kann über diese aus dem Landeshaushalt kofinanzierten Programme Projektfördermittel in Milliardenhöhe für Bereiche wie Innovation, Klimawandel und Biodiversität, Kulturerbe, Tourismus und Bildung, aber auch zur Verbesserung der regionalen Leistungsfähigkeit und ländlichen Entwicklung, in Anspruch nehmen. Auch die negativen Auswirkungen der Energiewende durch Unterstützung der am stärksten betroffenen Gebiete und Beschäftigten sollen darüber abgefedert werden, um einen ausgewogenen sozialen und wirtschaftlichen Übergang zu fördern.

In der Förderperiode 2021-2027 stehen Brandenburg dafür über 3 Milliarden Euro aus den oben genannten Programmen zur Verfügung. Die Mittel werden über die Förderprogramme des Landes verteilt und vom Land Brandenburg verwaltet.

BVB / FREIE WÄHLER fordert, alle zur Verfügung stehenden Programme aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds vollständig in Anspruch zu nehmen und hierfür den notwendigen Landesanteil für die Kofinanzierung zu verstetigen und, wenn nötig, zu erhöhen. Gleichwohl ist die Verteilung der Mittel innerhalb Brandenburgs regelmäßig auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und bei Bedarf eine Umverteilung auf Bereiche vorzunehmen, in denen sie zielführender eingesetzt werden können. Dabei sind die drei in Brandenburg existierenden Euroregionen Pomerania (Uckermark und Barnim), Pro Europa Viadrina (Märkisch-Oderland, Oder-Spree und Frankfurt (Oder)) und Spree-Neiße-Bober (Spree-Neiße und Cottbus) zwingend einzubeziehen.

Die Verwendung der milliardenschweren Mittel der EU-Förderprogramme, die Verwaltungsstrukturen sowie die politischen Zuständigkeiten innerhalb der Landesregierung sind auf ihre Effizienz zu überprüfen. Bei Bedarf müssen hinderliche politische Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten stärker gebündelt oder neu ausgerichtet werden.

Dem Ursprungsgedanken des sogenannten „Weimarer Dreiecks“ folgend sind bestehende Partnerschaften Brandenburgs mit den Hauptstadtregionen Frankreichs und Polens, Île de France und Masowien, zu reaktivieren

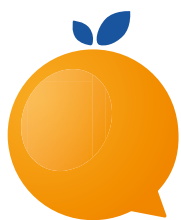


und über konkrete Projekte im Bereich des Schüler- und Jugendaustauschs, des Sports und der Kultur, über die Kammern und Verbände der regionalen Wirtschaft sowie über einen regelmäßigen Austausch auf der politischen Ebene dauerhaft zu etablieren. Städtepartnerschaft sind auszubauen und zu vertiefen.

Der mit der „Konferenz zur Zukunft Europas“ angestoßene Reformprozess vor allem für eine weitere Demokratisierung der EU ist von Brandenburg aktiv zu unterstützen und voranzutreiben. Dies gilt vor allem für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung. Der Prozess der EU-Erweiterung ist mit der notwendigen Demokratisierung der EU-Institutionen zu synchronisieren.

Die Kontakt- und Informationsstelle des Brandenburger Landtags in Brüssel ist zum Zwecke der frühzeitigen Analyse und Information des Landtags, seiner Ausschüsse und der Fraktionen über aktuelle und auch für Brandenburg relevante legislative und nichtlegislative Vorhaben und Initiativen der EU-Institutionen beizubehalten.





BVB
FREIE WÄHLER
Die Orangen



Brandenburger Vereinigte
Bürgerbewegungen / Freie Wähler
Jahnstr. 52, 16321 Bernau

Tel.: 0 33 38 - 75 09 645
Mail: info@bvb-fw.de
Web: www.bvb-fw.de